

Abonnements-Bedingungen:
Ehrendienst: Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltene Kolonette
oder deren Raum 40 Pfg., für
Berichts- und Werksammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kreispracher: Nr. 1, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 8. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Ein Reichs-Berggesetz.

Unsere heutige Gesetzgebung mag unfähig sein, neues Recht
zu schaffen, jedenfalls ist sie am Ende dieses Jahrhunderts
mit Eifer bedacht, dem Reiche ein einheitliches Recht zu
geben.

Mit bemerkenswerther Scheu drückt sich das Reichs-Justiz-
amt von der Ausarbeitung solcher Gesetzentwürfe, die Ge-
biete betreffen, bei denen Rechte und Verhältnisse der Ar-
beiter in weiterer Ausdehnung der allgemeinen Gewerbe-
Ordnung zu regeln und zu kodifizieren sind.

Wo hat man heute überall das geltende Bergrecht zu-
sammen zu fassen? Die darüber bestehenden Landesgesetze,
von denen in erster Linie das preussische und sächsische Berg-
gesetz in Frage kommen, sind durch reichsgesetzliche
Regelung einzelner Materien in ihrer Gültigkeit so durch-
löchert, daß sie nur noch bruchstückweise Geltung
haben.

Schon ganz allein vom formalen Standpunkte aus liegt
also ein dringendes Bedürfnis nach einer raschen reichs-
gesetzlichen Kodifikation des Bergrechtes vor. Ein großer
Theil der Arbeitsverhältnisse der Bergleute ist ja heute schon
im Rahmen der allgemeinen Gewerbe-Ordnung und der Ver-
sicherungsgesetze reichsgesetzlich geregelt.

Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß es den Arbeitern wie
dem ganzen Bergbau nur von Schaden sein kann, wenn in
so wichtigen Dingen nicht in allen deutschen Bergbau-districten
die Garantie für die Durchführung gleicher Grundzüge ge-
geben ist.

auch andere Staaten veranlassen kann, dringende
Forderungen im Interesse der Unfallverhütung einfach mit
Rücksicht auf den zurückgebliebenen benachbarten Staat un-
erfüllt zu lassen.

Alle diese Gründe sprechen lebhaft für die Kodifikation
des Bergrechtes fürs ganze Reich. Wenn von seiten der Burea-
kratie diesem Verlangen die im Wege stehenden Schwierigkeiten
vorgehalten werden, so kann man hierauf nur erwidern, diese
Schwierigkeiten bestehen zum größten Theile in der Einbildung
der mit dem bestehenden Zustande der Verwirrenheit zufriedenen
Beamten.

Die Abweichung des geltenden Bergrechtes in den Einzel-
staaten Deutschlands ist prinzipiell betrachtet so minimal,
daß sich eine vollständige Einheit sehr leicht erzielen ließe,
ohne daß wesentliche Interessen verletzt würden.

Nach diesen Darlegungen können bei einigen guten Willen
der einzelstaatlichen Regierungen und des Reichs-Justizamtes
die etwa bestehenden Bedenken leicht überwunden werden.

Freilich er scheint eben auch nicht zu wissen, wovor man
im Reichs-Justizamt einen heiligen Respekt hat. Wir erinnern
an des Grafen Posadowsky's letzte Rede. Ein Reichs-
Berggesetz-Entwurf würde sozialpolitisch sehr wichtige und
aktuelle Fragen anschnitten und zur Diskussion bringen.

Daß die Arbeiter eine gründliche Aenderung des parti-
kularen Bergrechtes und ein einheitliches Bergrecht für das
ganze Reich für dringend nötig halten, beweist der Initiativ-
antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Politische Ueberflüssigkeit.

Berlin, 7. Februar.

Der Reichstag beendigte heute die Verathung des Post-
Etats. In zwei Reden trat Singer für Besserstellung der
Post-Unterbeamten und der Telephonistinnen ein. Sein Antrag,
durch Aenderung des Etats die Regierung zur endlichen Erfüllung
dieser Forderungen zu zwingen, fand nicht die Mehrheit des
Reichstags; dagegen wurde die von der Kommission beantragte
Resolution, durch die der Bundesrath zur Erfüllung dieser
Forderungen aufgefordert wird, angenommen.

Mit aller Entschiedenheit wahrte unser Vertreter die Rechte
des Reichstags, während das Centrum sie zwar formell als
existierend anerkannte, die Konservativen und National-
liberalen sie dagegen entschieden bestritten.

Morgen beginnen Tage der „hohen Politik“. Der Reichs-
tag wird die Verathung des Auswärtigen Amtes beginnen.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern
während der ganzen säkularständigen Sitzung mit der lex Arons,
dem Gesetzentwurf betreffend die Disziplinarverhältnisse der Privat-
dozenten. Das Haus war nur schwach besetzt und doch handelte es
sich, wie ein liberaler Redner hervorhob, um einen in der parlamen-
tarischen Geschichte äußerst seltenen Fall, um ein Gesetz nämlich,
welches gegen eine einzelne bestimmte Person gerichtet ist.

entwurf den Privatdozenten eine Rechtswohlthat erwiesen werden
sollte. Aber nachdem nur zwei Redner aus dem Hause gesprochen,
ergriff er bereits wieder das Wort, um in längerer
Rede auszuführen, daß der Fall Arons zwar nicht
der Grund, wohl aber die Veranlassung des Gesetz-
entwurfs sei, eine Erklärung, die mit Tacten aufgenommen wurde.

Sehr genähigt verhielt sich das Centrum, das durch die Abgg.
Ditrich, Stephan und Porsch (letzterer zweimal) zum Wort kam.
Mit Recht protestirten diese Redner gegen die unglaublich ober-
flächliche Fassung des Gesetzentwurfs und machten ihre Zustimmung
von einer gründlichen Durcharbeitung abhängig.

Das der nationalliberalen Universitätsprofessor Friedberg dem
Minister unbedingt zustimmte und Sieder auch den Ausführungen
des Centrum's Anerkennung zu theil werden ließ, verhielt sich von
selbst. Die übrigen drei konservativen Redner gingen dem
Minister langsam aber sicher zu Leibe. Schon als Herr v. Jedditz
sprach, verließ Herr Bosse wohl in Erwartung eines Angriffs den
Ministertisch, um unmittelbar neben dem Redner Platz zu nehmen, dessen
sozialistenhässliche Ausführungen er von Zeit zu Zeit mit einem
demonstrativen „sehr richtig“ begleitete.

**Platzpatronen.** Den Nachweis, daß wir in Deutschland eigentlich noch zu wenig Steuern zahlen und daß andere Staaten verhältnismäßig noch mehr für unproduktive Zwecke ausgeben, versuchen Herr Lipitz und das Reichs-Marineamt in der bereits erwähnten, umfangreichen statistischen Zeitschrift.

Wie verhielten heutzutage die in ihre Verantwortlichkeit und verpflichtenden Einzelheiten zu verfolgen. Ähnliche Nachweise hat auch die Militärverwaltung öfter versucht und sie sind stets ohne besonderen Eindruck auf die öffentliche Meinung geblieben. Wir erinnern nur an die Arbeit über „die öffentlichen Ausgaben der größten europäischen Länder nach ihrer Zweckbestimmung“, die bei den Kämpfen um die letzte Militär-Organisation Herr v. Kaufmann unter der Regie des Grafen Caprivi in mehreren Auflagen herausgab. Auch hier wurde festgestellt, daß Preußen-Deutschland beispielsweise in der zivilisiereten Welt dastehe, sowohl in der Förderung aller Kulturaufgaben, wie in der Schonung des Steuerzahlers. Man ist mit den Kaufmann'schen Figuren damals amüßlich und ordnungspolitisch unermüdelich haustren gegangen, die Entscheidung bei den Wahlen und im Reichstage ist jedoch nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgt. So wird es diesmal auch bei der Marine sein und zwar mit bestem Recht.

Das Marineamt vergleicht wieder einmal, was nach aller Erfahrung und Ueberlegung gar nicht vergleichbar ist. Eine Kiste, die sich selber schämt, eripart selbstverständlich eine Menge Ausgaben, die anderwärts notwendig erscheinen. Was beweist es also, daß Italien mit seinen langgestreckten Meeresterritorien pro Kopf seiner Einwohner höhere Aufwendungen für die Marine macht? Welcher eine Selbsttäuschung, die Vermehrung der Kriegsschiffe einfach mit dem Wachstum der Handelsflotte in Beziehung setzen zu wollen! Wenn unsere Schiffsverhältnisse zu den Vereinigten Staaten regere werden, sollen wir deshalb neue Panzer brauchen? Sollen wir, die wir 1870/71 fünf Milliarden erhielten, ebensoviel Schulden machen, wie das Land, das die fünf Milliarden zahlte? Was sagen schließlich Kopfdurchschnitt über die Steuerbelastung der Massen? 150 Millionen Brauwasserversteuer und 50 Millionen Salzsteuer denken die Massen ein paar Mal schwerer wie 200 Millionen Einkommenssteuer. Belasten wir mit unseren Getreidezöllen, Branntwein- und Zuckersteuern den Konsum etwa nur im Betrage der Reichs-Einnahmen, die für das Marine-Amt allein maßgebend bei seinen Berechnungen und Vergleichen sind? Werden diese ungeheuren Belastungen des Konsums vielleicht nicht auch mit militärischen Erwägungen begründet: wir müßten im Kriegsfall von dem eigenen Brodtrorn leben können, wir müßten die unteren Familien erhalten, um das Disziplinar nicht zu untergraben? Wenn man den Druck unserer Rüstung mit der Englands- und Amerikas vergleicht, kann man die zwei- und mehrjährige Dienstzeit von jährlich 750 Hunderttausend Ausgehobenen auf Seite Deutschlands außer Ansatz lassen?

So ließe sich von den Grundlagen der ganzen Zeitschrift Abschnitt für Abschnitt nachweisen, daß sie viel zu häufig und verschwommen sind, als daß man irgendwelche beweiskräftige Schlussfolgerungen auf sie aufbauen könnte. Es sind leere Platzpatronen, mit denen man hier auf die Opposition schießt. Sie knallen wohl und machen dem großen Hurraypublikum vielleicht auch einiges Vergnügen. Aber sie sind nicht ernst zu nehmen.

**Nachweis der Ermordung des Matrosen Schulze.** In den offiziellen Mitteilungen über den Vorfall bei Animo wurde gesagt, Schulze sei als Wachtposten hinterläßt überfallen und ermordet worden. Der Mörder wurde, so ist weiter berichtet worden, erfaßt und erpant. „Bureau Neuter“ verbreitet jetzt aber die Nachricht, Schulze habe drei Chinesen getötet und aus Rache dafür sei er getötet worden. So behaupten wenigstens die Chinesen. Es erscheint erforderlich, wenn Aufklärung über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Neuter-Meldung gegeben würde.

**In Konstantinopel** herrscht starke Verstimmung wegen der Kretrafrage und der sonstigen großen Schwierigkeiten, die der ottomanischen Regierung bereitet werden. Offenbar um die Situation nicht zu verschlimmern, hat der Sultan den Forderungen der makedonischen Bulgaren, gegen die im Gebiete von Nestab begangenen Gewaltthaten einzuschreiten und Schutzmaßnahmen zu treffen, und ebenso den Wünschen des armenischen Patriarchats sehr freundliche Antworten erteilt, womit natürlich wirkliche Abhilfe noch in keiner Weise gesichert ist.

Dem österreichischen Volschauer Frhrn. v. Calice erklärte der Sultan in Privataudienz, die Kandidatur des Prinzen Georg sei absolut unmöglich. Ueber die weitere Verhandlung der Kretrafrage durch die Mächte tauchen allerlei Vermutungen auf. Nach einer Meldung der „Köln. Zig.“ aus Petersburg soll Rußland fest entschlossen sein, die Kandidatur des griechischen Prinzen durchzusetzen. Die Erledigung der kretischen Gouvernementsfrage scheint zu Gunsten des Prinzen Georg in der Weise betrieben zu werden, daß das europäische Konzert sich auflöst, indem die Mächte, die sich bei der Einsetzung des Prinzen nicht beteiligen wollen, ihre Truppen von Kreta zurückziehen, worauf die Entsetzung der türkischen Truppen durch die mit der Einsetzung des Prinzen einverständlichen Mächte zu veranlassen sei. Daraus würde die Einsetzung des Prinzen erfolgen, auch ohne Zustimmung des Sultans, ähnlich wie beim Prinzen Ferdinand von Koburg in Bulgarien.

Der „Pester Lloyd“ erzählt dagegen aus Konstantinopel, daß alle Schritte, welche von russischer Seite in dieser Frage unternommen wurden, bisher nur einen privaten Charakter tragen und nur gleichsam Sondierungen von russischer Seite vorstellen. Offizielle Vorschläge der russischen Volschaft, die eine offizielle Stellungnahme zu anderen Mächten erfordern würden, lägen noch nicht vor.

In Thessalien finden erbitterte Kämpfe zwischen der Landbevölkerung und den türkischen Truppen statt. Meldungen aus Salona besagen, es seien etwa 100 Personen getötet und verwundet worden; diese Nachrichten sollen aber wahrscheinlich übertrieben sein.

**Ueber die chinesisches Auleihe** herrscht noch immer keine Klarheit. Einige Blätter halten daran fest, daß die Auleihe von Rußland mit deutscher Unterstützung übernommen worden sei, andere glauben noch an das Zustandekommen der Auleihe durch England. Die englische Regierung schweigt sich trotz der scharfen Anwürfe, die ihre als matt und feig bezeichnete Haltung in der chinesischen Frage bei den meisten Blättern findet, völlig aus. Morgen tritt das Unterhaus zusammen. Es ist zu erwarten, daß in der Debatte über die Chronik der ostasiatischen Angelegenheiten zu eingehender Erörterung gelangen werden.

### Deutsches Reich.

Die landwirtschaftlichen Zusammenkünfte haben vor ein paar Tagen begonnen; sie werden diese und die nächste Woche fortgesetzt werden, um schließlich im Circus Busch mit einer großen Massenkundgebung des Bundes der Landwirtschaft zu enden.

Die vorige Woche gehörte dem preussischen Landesökonomie-Kollegium, dem bekannten Beirat des Landwirtschaftsministeriums, dem bisher 25 von den landwirtschaftlichen Centralvereinen von drei zu drei Jahren gewählt und 12 vom Minister ernannte Mitglieder angehört. Man hat jetzt eine Abänderung des Regulativs beschlossen: das Kollegium soll in Zukunft zugleich die Centralstelle aller Landwirtschaftskammern oder, was solche noch nicht bestehen, der landwirtschaftlichen Centralvereine sein — ferner soll eine Vermehrung der Delegierten stattfinden. Letztere Bestimmung wirkt auch zurück auf den Deutschen Landwirtschaftsrath, der gestern in Berlin zusammentrat, weil hier die 25 gewählten Mitglieder des Ökonomiekollegiums immer auch die für Preußen bewilligten 25 Vertreter bildeten. Diese Personalunion soll aufrecht erhalten bleiben, so daß die Vermehrung entweder zu einer Verstärkung des Einflusses von Preußen im Landwirtschafts-

rath oder zu einer entsprechenden Delegiertenvermehrung für die Einzelstaaten führen muß, wenn man sich nicht durch eine künstliche Abstimmungsbildung helfen will.

Ein Theil der Sitzungen wurde wie gewöhnlich mit Berichten ausgefüllt: für die Forstwirtschaft empfahl man eine stärkere Vertretung im Landwirtschafts-Kollegium und in den Landwirtschaftskammern, ferner die reichlichere Verwendung von inländischen Buchenschwelen seitens der Eisenbahnen — für die Viehzucht Seuchenabwehr und Fleischkontrolle — für den Ackerbau Bohrungen auf Kalk und Verbilligung des Kalis. Weiter stand auf der Tagesordnung die Reingehörigkeit, deren Verschärfung gegen minderwertige und Kunstweine man verlangt.

Im Mittelpunkte der Beratungen stand jedoch die Kanalfrage. Man scheint von dem Landesökonomie-Kollegium eine Mitbestimmung der Regierung gegen die rüchichtslosen agrarischen Gegner aller Kanalbauten erwartet zu haben. Vielleicht sollte auch die Anwesenheit des (früher wenigstens) kanalbegeisterten Kaisers die opportunistischen Elemente stärken. Trotzdem jedoch der Landwirtschafts- und der Eisenbahnminister für die weitere Entwicklung der Kanäle kämpften, obwohl der Forstmeister Dr. Dandelmann mit seiner ganzen Bedenklichkeit die Bedeutung des erweiterten Wassertransportes für die Landwirtschaft hervorhob, ließ man selbst die vermittelnde Resolution des Referenten Seydel-Ebelchen durchfallen und sprach durch die Resolution des Korreferenten Winkelmann-Westfalen aus, daß der Ausbau eines Netzes einheimischer Wasserstraßen im Interesse der deutschen Land- und Forstwirtschaft nur dann für wünschenswert erklärt werden kann, wenn entweder durch ausreichende Schutzschleuse oder durch entsprechende Kanalabgaben eine Erleichterung des Imports von Produkten der Land- und Forstwirtschaft dauernd verhindert wird.

Dieses verkaufsrührte „nur dann“ heißt auf gerades Deutsches nicht erhöhen und eine Verhinderung der Rückkraft für die vom Innern anlaufenden Kanalschiffe heißt auch die Knüpfung auf den Kanälen verhindern und todschlagen. Mehrere Redner sagten es offen heraus, daß sie der exportierenden Industrie gar keine neuen Transportwege erschließen wollten, da das Wachstum der Industrie für die Landwirtschaft gleichbedeutend sei mit dem Wachstum der Arbeitslohn.

Die unabhängigeren Landwirtschaftsvertreter werden auf den begonnenen Kongressen diese kulturfeindlichen Interessen des Grundbesitzes zweifellos noch viel energischer betonen, wie die durch vielfache Rücksichten gebundenen Mitglieder des offiziellen Landesökonomie-Kollegiums.

Aufforderung zur Uebertretung des § 8b des preussischen, des § 24 des sächsischen, des § 17 des bayerischen Vereinsgesetzes. Die Mitteilungen aus der Abtheilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft enthalten die folgende Notiz:

Deutscher Abend. Die Vereine Deutsche Kolonialgesellschaft, Abtheilung Lübeck, Deutscher Sprach- und Schulverein Wittenberg und Verband veranfaßten gestern Abend 8 1/2 Uhr im Vorhause des Hauses der Ges. z. Bef. gem. Thätigkeit einen „Deutschen Abend“. — Diese Art der Zusammenkünfte halten wir für überaus erproblich, und wir würden wünschen, daß diese Einrichtung in recht vielen, besonders kleineren Orten eingeführt würde. Galten die genannten Vereine, die ja unbedingt zu einander gehören, zusammen, so ist es sicher überall möglich, für unsere nationalen und kolonialen Zwecke mit Erfolg zu werden.

In Lübeck ist es politischen Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten. Die Aufforderung zu solchen Zusammenkünften außerhalb Lübeds involvürt aber eine Orsgeüderretung. Bei der guten Organisation der kolonial-Interessanten und ihren trefflichen Beziehungen zu Behörden zweifeln wir keinen Augenblick, daß gemeinsame Anwesenheiten, wie die in Lübeck, bald überall in Preußen, Sachsen, Bayern und anderwärts stattfinden werden, und daß eine Verfolgung derselben nicht zu befürchten ist.

§ 8 des preussischen Vereinsgesetzes ist längst aufgehoben, er gilt bloß noch für sozialdemokratische Arbeiter und für Polen.

Der „Kreuzzeitung“-Ausdruck, welcher sich aus gewählten Vertretern sämtlicher preussischer Kreiskammern zusammensetzt, besprach in seiner letzten Sitzung den Antrag des Kultusministers über die ärztlichen Ehrengerichte. Es wurde ausdrücklich die vorläufige Geheimhaltung der Verhandlungen beschlossen. Ein Grund für diese Geheimhaltung ist nicht ersichtlich. Oder haben die Beschlüsse etwa das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen? Vielleicht befragen die Kreiskammern, die am Donnerstag, den 10. Februar, in einer Versammlung über den Antrag des Ministers beraten werden, ihre Vertreter nach den Gründen der Geheimhaltung.

Die „Kreuzzeitung“ befaßt sich mit den Ausführungen, die unser Parteigenosse Zerkstein letzthin in der „Neuen Zeit“ gemacht hat. Sie entsetzt und fächelt dabei völlig die Bernstein'schen Aeußerungen, aber über diese theoretischen Dinge wollen wir nicht mit der „Kreuzzeitung“ disputieren, denn wir können nicht beanspruchen, daß ein Blatt, welches mit der Erkreitung hoher Bretpreise und fetter Zuckerprämien genussam beschäftigt ist, Zeit und Verstand für wissenschaftliche Diskussion über die Marx'sche Lehre und die sich an diese Lehre innerhalb der sozialistischen Partei anknüpfenden Meinungsauseinandersetzungen übrig hat. Aber die „Kreuzzeitung“ benutzte auch diese dazu möglichst unpassende Gelegenheit, um die bürgerlichen Parteien „zum Kampfe gegen den Unfug“ aufzurufen. Das edle Blatt hält den Zeitpunkt für sich geeignet, um der Sozialdemokratie eine gründliche Bahnniederlage zu bereiten. So begrüßlich diese Wünsche der „Kreuzzeitung“ sind, so hätte sie doch vielleicht gut, erst einmal an die Verwirrung in ihrem eigenen Parteilager, an das wüßte Durcheinander der Gouvernements, der Mantuffel'schen, der Wändler, der Reformen, der Madantismen, u. s. w. zu denken. Die Sozialdemokratie ist groß geworden unter fortwährenden, öfters sehr hitzigen Auseinandersetzungen über theoretische Fragen und sie darf sich die theoretische Um- und Fortbildung ihrer Anschauungen durchaus gestatten, während dies bei gewissen anderen Parteien allerdings einen verderblichen Luxus vorstellen würde. Und darüber sollte die „Kreuzzeitung“ sich klar sein: Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die etwa in der sozialdemokratischen Partei vorhanden sind, herrscht darin eine vollständige Einigkeit, daß die konservative Partei der schlimmste Feind der arbeitenden Klassen des deutschen Volkes ist und mit aller Kraft bekämpft werden muß.

Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei hielt gestern im Reichstagsgebäude unter dem Vorhange des Herrn Abg. Hobrecht die statutenmäßige zwischen Neujahr und Ostern stattfindende Sitzung ab, um den Bericht des geschäftsführenden Ausschusses entgegenzunehmen. Bei derselben Gelegenheit erstattete auch der zur Vorbereitung des Delegirtentages niedergesezte Ausschuss neuerdings Bericht, und zwar gipfelte dieser darin, daß alle Vorlesung getroffen ist, den Delegirtenkongress gegen Ende der parlamentarischen Frühjahrs-Session einzuberufen, wenn die Reichstags-Wahlen noch im Frühjahr stattfinden sollten. Anderenfalls dürfte der Termin für den Delegirtenkongress zwischen Mitte August und Mitte September anzunehmen sein. Im Anschluß an beide Berichte fand eine reißische Aussprache über die Lage der Partei im allgemeinen, wie über landschaftliche Verhältnisse und einzelne Wahlkreise statt. — Als letzter Punkt auf der Tagesordnung stand die Neuwahl des Vorsitzenden. An Stelle des Abg. Hobrecht wurde Abg. Dr. Hammacher gewählt.

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Waldkappel (Abg. Kassel) wird unterm 6. d. M. amtlich gemeldet: Gestern Morgen 6 Uhr entgleiste die Maschine des Personenzuges 451 Waldkappel-Kassel bald hinter Station Waldkappel vor der Dohrbrücke in km 48,7. Die Maschine und 3 Personenzüge stürzten den Damm hinunter. Der Lokomotivführer, der Heizer, ein Schaffner und sieben Reisende wurden hierbei verletzt. Maschine und Wagen sind erheblich beschädigt. Der Personenverkehr wird vorläufig durch

Umlegen aufrecht erhalten. Die Ursache der Entgleisung ist wahrscheinlich ein Schienenbruch. —

Polnische Gebetsbücher werden jetzt schon in Westpreußen den Kolportageuren zu führen verboten. Wenn da die Liebe zum Deutschtum und vor allem zu der fürsorglichen Regierung nicht in hellen Flammen entzündet, dann sind die Polen ein undankbares Volk. Das Zentrum, dem man die reaktionäre Bestimmung der Gewerbe-Ordnung verdankt, wonach die Kolportageuren die von den Kolportageuren geführten Schriften zu zerstreuen haben, merke jetzt am eigenen Leibe, daß derartige Bestimmungen auch für sie nicht ungefährlich sind. —

Die masurische Volkspartei hat folgendes Parteiprogramm aufgestellt:

1. Vereinigung der Gemeinde mit dem Gute, 2. gerechtere Verteilung der Schullasten auf die Güter, 3. gerechtere Verteilung der Kosten für Schaufeedbauten, 4. bessere Verteilung der Armenlasten in den Gemeinden, 5. Uebertragung der Polizeigewalt auf die Gemeindevorsteher, 6. Wahlen der Amtsvorsteher durch die Gemeinden, 7. verstärkte Beteiligung der Bauern an den Kreisräthen und den Landwirthschaftskammern, 8. Zugänglichmachung des Meliorationsfonds für die Bauern, 9. Verpachtung der königl. Lössböden an Bauern (d. h. mittels Veräußerung derselben), 10. Anhebung der Normalrate, 11. Ermäßigung der Eisenbahn-Tarife für heimliche Wäger, 12. Wahrung der Pölsion und der Mutterprache, 13. Einführung des Kleingewerbes zwisch Schiffschiffmachern der masurischen Arbeiter, 14. Kanalbauten.

Ferner verlangt die Partei gleiches Recht für alle ohne Unterschied des Standes und der Person, Festlegung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes, Bewilligung von Lizenzen an die Reichstags-Abgeordneten, Festhalten an dem allgemeinen, gleichen und geheimen Reichstags-Wahlrecht, Einführung gleicher Wahlen für den Landtag. Die vorbezeichneten Forderungen sind, wie man sieht, fast ausschließlich sozialer und wirtschaftlicher Art, am nächsten den Forderungen des Freiheits verwandt und zeigen gar nichts von „national-polnischen“ Bestrebungen. Die Masuren sind eben entschlossen, zur Wahrung ihrer eigenen, bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschafts-Interessen unabhängig von den konservativen, zu deren Heerbanne sie bisher zählten, in die Schranken zu treten. —

Ein Soldatenselbstmord. Am 11. Januar abends gegen 9 Uhr wurde in Kasstall der Neut Herrmann Dittmar von einem Bahnhofsüberwacher. Die allgemeine Annahme ist, daß Selbstmord vorliegt. Sicher ist, wie die „Wannheimer Volkstimme“ mittheilt, daß er Briefe hinterlassen hat, in denen er sich über schlechte Behandlung, der er beim Militär angedeutet gewesen sei, beklagt. Schon in den ersten Tagen seiner Militärzeit beschwerte sich Dittmar über Stöße, die er erhalten habe; ein Unteroffizier habe ihn an's Knie gestoßen, daß er mehrere Tage Schmerzen gehabt habe. Der „Leipziger Volkstag“ ist ebenfalls Briefe an den Bruder des Verstorbenen vorgelegt, die ähnliche Klagen enthalten. In einem dieser Briefe berichtet D. von einer Mißhandlung, die er von einem Unteroffizier zu erdulden hatte. „Ich bin, so schreibt er, gegenwärtig im Krankenrevier und habe eine geschwollene Hand schon seit Freitag und kann keinen Dienst mitmachen, es rührt von Gewehrgriffen her, da habe ich eine auf die Hand bekommen vom Unteroffizier. Kannst Du Dir es schon denken, daß es kein schlechter Dieb war. Zum Arzt habe ich halt sagen müssen, es ist von sich selber gekommen, sonst hätte es schließlich was geben können.“ In einem weiteren Brief, datirt vom 1. Januar 1898, also 10 Tage vor dem Tode geschrieben, theilt D. dem Bruder mit, daß ihm der Unteroffizier beim Kappell seinen Rock „so zerrissen“ habe, daß ich ihn versehen lassen muß, ich kann ihn nicht machen, heute habe ich ihn in die Stadt zu einem Schneider getragen, daß er ihn versehen thut.“

Die „Leipz. Volkstz.“ verlangt daher eine Untersuchung des Falles.

Kiel, 7. Februar. (Sig. Ber.) Die erschütternde Katastrophe, die den Tod von 12 braven Männern zur Folge hatte, wird in ihren Ursachen von der bürgerlichen Presse auf den „schweren Seegang“, der im Kieler Hafen geherrscht haben soll, zurückgeführt. Wäre tatsächlich das Unglück auf diese Ursache zurückzuführen, so hätten die für die Beförderung verantwortlichen Personen eine doppelt schwere Verantwortung zu tragen, daß sie in solchem Wetter ein solch ungenügendes Boot zur Beförderung der abgehenden Wache verwenden ließen. Doch ist der Hafen keineswegs in solchem Maße vom Unwetter heimgesucht worden. Durch den heißen Nordostwind war das durch die Stürme vorher aus dem Hafen getriebene Wasser wieder mit Macht zurückgetrieben worden, so daß stellenweise die Qualmäter überhäuft worden und selbstverständlich auch das Wasser heftig bewegt war. Das dieses jedoch nicht so schlimm war, geht daraus hervor, daß die Bootsführer im Hafen ihren Dienst angetreten hatten. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, wie uns von verschiedenen Seeleuten erklärt worden, daß die Pinasse zunächst durch 17 Mann überfüllt war, dann durch eine Welle um den ihr im Wege liegenden Minenleger, Rheinherm, wobei vielleicht das Steuer zu schnell herumgeführt wurde, sich auf die Seite neigte, und in diesem Augenblicke von einem einsetzenden Windstöße und einer nachfolgenden Welle zum Sinken gebracht worden ist. Durch diese Darstellung wird selbstverständlich die Schuld der die Verantwortung tragenden Personen keine geringere, denn bei den vielen Beförderungsmitteln, die zur Verfügung standen, um die Wache auf das diesseitige Ufer zu befördern, ist es geradezu unverständlich, wie man dieses kleine offene Schiffchen wählen konnte.

Sämtliche Leichen sind geborgen worden. Sie sind in der Reichenhülle des Marine-Garnisonlazareths, wo schon so viele, auf so traurige Art und Leben Gekommene aufgebahrt waren, nebeneinander gebettet. Nur wenige zeigen Spuren eines schweren Todeskampfes. Die Beerdigung wird am Mittwoch stattfinden. Dieses Unglück ruft die Erinnerung an die mit grauenhafter Regelmäßigkeit in den letzten Jahren über Kiel hereinbrochenen Katastrophen wach: die Geschützexplosion auf dem „Baden“, wobei 7 Personen verunglückten; dann folgte die Katastrophe auf dem Panzer „Brandenburg“, wo das Plagen des Hauptdampftrödes die Ursache des Todes von 42 Seeleuten wurde; dann die Kessel-Explosion auf dem türkischen Korpedojäger, bei dessen Probefahrt, wodurch wieder 18 Mann ihren Tod fanden, der vierte Unglücksfall ereignete sich durch den Einsturz der Laufbrücke auf dem Dampfer „Bonn“ und 14 Werftarbeiter ertranken. Dem schließt sich nun dieses Unglück wieder an. Das sind 88 Tode in kaum sechs Jahren.

Bezüglich der Fesselung von Redakteuren bei Verhütung von Prevergehen hat der Verein „Leipziger Presse“ an das königliche sächsische Justizministerium eine Eingabe zu richten beschlossen und den Wortlaut derselben in seiner letzten Monatsversammlung endgültig festgesetzt. Die Eingabe behandelt die bekannten und vielfach besprochenen Fälle Steiger und Schulze, bespricht den § 2000 der Gerichtsordnung für die königl. sächsische Justizbehörde und stellt schließlich folgenden Antrag: „Ein hohes königl. Ministerium wolle hinter c des § 2000 der Gerichtsordnung ausdrücklich hinzusetzen, daß bei solchen Gefangenen, welche wegen Prevergehens verurtheilt worden sind, die Fesselung mangels begründeten Pflichtverdrachts, über welchen die Gefängnisverwaltung (Gefängnisdirektor) zu entscheiden hat, überhaupt zu unterbleiben hat und in letzterem Sinne auch schon jetzt die betreffenden Geleitworgane anzuweisen.“ — Ob durch diese Eingabe wirklich etwas erreicht wird, bleibt freilich abzuwarten. —

Aus Baden, 4. Februar. (Sig. Ber.) Auf allermündelnd fünf Millionen Mark wird die Erbschaftsteuer geschätzt, welche der Fürst von Fürstberg nach dem Urtheile des karlsruher Verwaltungsgerichtshofes zu begahlen hat. Mit der Feststellung des sächsischen Vermögens wird demnächst begonnen werden. Öffentlich gehen dabei die Steuerbehörden mit jenem Mangel an Sentimentalität vor, durch welchen sie sich sonst gegenüber „gewöhnlichen Menschen“ auszeichnen. Den Vogel

abgeschossen hat unter den Reichsständen des zahlungsunwilligen „Fürstenbergs“ der in letzter Zeit so oft genannte Straßburger Professor Dr. Vaand. Es ist geradezu grotesk, was dieser Herr zur Verteidigung des „Fürstenbergs“ und zum Schutze von dessen Vermögen vorträgt. Mit einer eher besseren Sache würdigen Valedikt hat der Herr Professor klugzulegen versucht, daß beim Tode eines Fürsten zu Fürstenberg sein Vermögen nicht, wie es bei unsern einem geschieht, im Wege der Vererbung auf den neuen Fürsten übergeht, sondern daß es zunächst gleichsam an die als eine Akt-Korporation zu denkende Gesamtfamilie zurückfällt und von ihr gewissermaßen leibweise dem neuen Fürsten überlassen wird, der sonach nicht von seinem unmittelbaren Vorgänger erbe, sondern direkt von dem im grauen Altertum verstorbenen Stifter der Familie und Begründer des Vermögens.

Im Grunde wollte der Herr Professor also beweisen, daß der Fürst von Fürstenberg eigentlich garnicht der Besther seines Vermögens sei, daß er mit demselben nicht schalten und walten könne, wie er wolle, und daß er also keine Erbschaftsteuer zu zahlen brauche!

**Fleischspekerei in den Reichslanden.** Aus Straßburg wird uns geschrieben: Auch an der Westgrenze des Reichs beginnt man der Einfuhr von Fleisch nimmehr Schwierigkeiten zu bereiten. Die „Straßb. Post“ theilte vor einigen Tagen in einer halbamtlichen Notiz mit, infolge der Thatfache, daß der Import von geschlachtetem Fleisch, namentlich von Schweinefleisch, aus Frankreich in der letzten Zeit sehr gestiegen sei, habe die Behörde in gesundheitslichem Interesse es für geboten erachtet, dieses Fleisch in der gleichen Weise der inländischen Fleischschau zu unterwerfen, wie das im Lande geschlachtete. Später werde die von der Reichsregierung in Aussicht genommene allgemeine Grenzkontrolle die nöthige Gewähr bieten. Nach dieser Verordnung unterliegt alles zur menschlichen Nahrung bestimmte frische Fleisch, also auch das aus dem Ausland eingeführte, der Fleischschau. Diese muß, wenn die Schlachtung im Ausland vorgenommen wurde, bei den geschlachteten Stücken einfallen, die in einer Gemeinde des Inlandes zum Verkauf gelangen. Die Polizeibehörden und Fleischbeschauer sind bereits mit Weisungen in diesem Sinne versehen worden. — Wenn diese Maßregel den Erfolg haben sollte, die Einfuhr von billigem Schweinefleisch nach Elsaß-Lothringen aus dem benachbarten Frankreich zu erschweren, so wäre dies im Interesse unserer Arbeiterklasse, die zum großen Theil auf den Konsum gerade des billigen Schweinefleisches angewiesen ist, sehr zu bedauern. —

**Straßburg i. E., 4. Februar.** (Sig. Ber.) Die reichsländische Presse aller Parteilagerungen zeigt eine feldene Einmütigkeit in der Verurteilung des von der Colmarer Staatsanwaltschaft in der Majestätsbeleidigungssache gegen die dortige „Volkspartei“ betriebenen Vorgehens. Selbst die streng governementale „Straßb. Post“ macht von dieser Uebereinstimmung der Presseurtheile keine Ausnahme. Sie wendet sich gegen die Einseitigkeit des Verfahrens an sich sowie besonders gegen die Einziehung des Geschäftsführers der Druckerei in die Anklage.

Dieses Auffsehen erregende Vorgehen der Colmarer Staatsanwaltschaft kann sehr leicht den finanziellen Ruin eines Presorgans herbeiführen, eines Presorgans, das sich durch seine unbeschränkte Unerfahrenheit und Tapferkeit in der Bekämpfung persönlicher Mißstände sowie der unbilligsten innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes nach oben hin schon so manches Mal recht unliebsam bemerkbar gemacht hat.

**Chronik der Majestätsbeleidigungssache.** Eine unüberlegte Aeußerung mit Bezug auf den Kaiser hat dem Apotheker Erwin Levinsohn eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung eingetragen, welche gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte wurde vom Justizrath Munde und Rechtsanwält Dr. Meier vertheidigt. Aus der Urtheilsverhandlung ging hervor, daß der Gerichtshof den vorliegenden Fall als einen besonders leichten angesehen und deshalb nicht auf eine Gefängnisstrafe, sondern auf das zulässigst niedrigste Strafmaß — 2 Monate Festungshaft — erkannt hatte.

Wegen Majestätsbeleidigung soll gegen zwei weitere Dreddner Buchhandlungen vorgegangen werden. Sie haben die Broschüre (N) Kaiser Wilhelm II. ausgelegt und verkauft.

Wegen Majestätsbeleidigung erhielt die Plätterin Dorette Sattmann in Hannover in der Strafkammerung vom 3. d. M. drei Monate Gefängnis zuerkannt.

**Österreich.** Alle deutsche Hochschulen, in denen gestreift wurde, sind durch Erlass des Ministeriums geschlossen worden.

**Prag, 5. Februar.** (Sig. Ber.) Die österreichische Politik wendet sich langsam wieder von Prag ab, nach Wien zu. Die Tage der böhmischen Ständevertretung sind gezählt; noch in diesem Monat soll der Reichsrath einberufen werden. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten haben die Verhandlungen im böhmischen Landtag viel von ihrer Bedeutung eingebüßt. Die Hoffnungen der Regierung haben sich nicht erfüllt, vielmehr hat der unfähige Statthalter Graf Czudener die Situation noch verwickelter gemacht und der Regierung bleibt nichts übrig, als die ungelösten Fragen nochmals dem Reichsrath anzuliefern. Die Jungegenen, die daran nichts ändern können, benutzen die letzten Tage, um ihre arggefärbte Popularität aufzufrischen und die Wägen über ihr wahres Wesen zu täuschen. Am Freitag überreichten Dr. Slavik und Genossen im böhmischen Landtag den Antrag, das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen. So sehr dieser Schritt zu begrüßen wäre, darf man sich doch seiner Täuschung hingeben. Der Antrag wird kaum mehr zur Verhandlung kommen und es ist außer Zweifel, daß, wenn es den Jungegenen wirklich um dieses Recht des Volkes ernst wäre, sie schon Wege und Mittel gefunden hätten, um den Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung zu setzen. So aber bleibt das allgemeine Wahlrecht begraben, die Jungegenen aber haben ein billiges Agitationsmittel und können sich wieder als Demokraten geriren.

Der „Studentenstreik“ an den Hochschulen wird keine weiteren Folgen haben; die Vorlesungen bleiben bis zum Landtagsbeschluß sistirt und dann wird das Farbverbot aufgehoben werden. In welchen Mittel die bürgerlichen Politiker nachher greifen werden, um das nöthige „Nationalgefühl“ wachzuhalten, ist vorrderhand noch fraglich.

**Budapest, 5. Februar. Abgeordnetenhause.** Bei der Verhandlung über das Budget des Handelsministeriums erklärte der Handelsminister Daniel, hinsichtlich der Industrie sei eine Veränderung des auf das Genossenschaftswesen bezüglichen Theiles des Handelsgesetzes und die Revision des Gewerbegesetzes in Aussicht genommen. Was den Außenhandel betreffe, so werde die Regierung binnen kurzer Zeit einen Gesetzentwurf in der Angelegenheit der Unterfähring einer Seeschiffahrtsgesellschaft am Schwarzen Meere vorlegen. Die Regierung gedente, die Wasserstraßen in enger Verbindung mit den Eisenbahnen zu bringen; sie hoffe, Budapest werde durch die Errichtung eines entsprechenden Hafens der Knotenpunkt des Schiffsverkehrs werden.

**Schwiz.** Kern, 5. Februar. (Sig. Ber.) Die Verhaftung des unter der Anklage, im Dienste des italienischen Konsuls als agent provocateur gefandenen Alfredo Torna in Lugano scheint unbegründet gewesen zu sein, denn der Bundesrath hat seine Freilassung verfügt.

Die Gegner der Eisenbahnverstaatlichung arbeiten mit Hochdruck auf die Zerschlagung des Volkes hin. Eine Broschüre folgt der anderen, und in Basel giebt gar ein Redakteur der reformirt-freiwil. „Allg. Schweizer Ztg.“ eine besondere Zeitung zur Bekämpfung der Eisenbahnverstaatlichung heraus, offenbar nur im Interesse der ewigen Seligkeit des Schweizervolkes, also zur Wahrung der angeblich höchsten idealen Güter. Die Frage der „Fürstlichen Post“ jedoch an die Gegner, wer alles das bezahle, hat keine Antwort gefunden; man weiß aber, daß deutsche Bankiers und Aktionäre allein eine halbe Million zur Bekämpfung der

Eisenbahnverstaatlichung ihren Handlangern in der Schweiz zur Verfügung gestellt haben. Man kann daraus schließen, welche gutes Geschäft der Privatbetrieb der Eisenbahnen für die behelligten Kapitalisten ist.

Im Genfer Kantonsrath hat der konservative Obier einen Gesetzentwurf betreffend Errichtung einer allgemeinen Altersversicherungsklasse mit staatlicher Subvention eingebracht. Bekanntlich wollten die Sozialdemokraten diese Einrichtung schafften mit den durch Abschaffung des Kultusbudgets freiwerdenden Summen, welcher Plan jedoch in der Volksabstimmung verworfen wurde. Was Herr Obier will, befehlt bereits im Kanton Neuchâtel und schämt sich zu bewähren.

**Frankreich.** Eine russische Stimme über den Fall Dreyfus. Die „Wiedemost“ veröffentlicht einen Artikel zu gunsten der Revision des Dreyfus-Prozesses und erklärt, die Haltung Meline's entfremde Frankreich seine besten Freunde.

**Belgien.** Brüssel, 6. Februar. Die sozialistische Partei beschloß, Solfa für sein muthiges Streiten in der Dreyfus-Angelegenheit ein Glückwunschschild zu senden.

**Die Wählerarbeit der Klerikalen gegen den Abbé Daens, den christlich-demokratischen Priester, der in der Kammer dem konservativ-klerikalen Mängel schon manche bittere Wahrheit gesagt hat, dürfte schließlich mit einem Siege der ersteren enden. Wie „Kloke Noeland“, ein christlich-demokratisches Genet Blatt theilt, soll auf den Bischof von Gent, dem der Abbé Daens untersteht, von den höchsten kirchlichen Stellen in dem Sinne eingewirkt werden, daß Daens vor die Alternative gestellt werde, entweder sein kirchliches Amt oder seine politische Stellung aufzugeben. Das genannte Blatt verteidigt die Politik des Abbé und betont, daß die Maßregelung dieses Mannes nur die Wirkung haben könne, die Unzufriedenen in die Reihen der Sozialdemokraten zu treiben. Es werde dann in den flämischen Provinzen zwischen den Konservativen und den Christlich-Demokraten einen Kampf bis aufs Messer geben. Nach diesem löhnen Anlauf wird schließlich verfehert, daß Daens, falls von den kirchlichen Behörden obenbezeichnete Ordre käme, sich als guter Sohn seiner Kirche fügen werde, daß aber ein Schmerzensschrei die Londe durchhallen werde. — Unser Bruderorgan, der „Peuple“, dem wir das obige entnehmen, weist mit recht darauf hin, daß das Proletariat gerade dadurch zu der Erkenntnis gebracht werde, daß es die Vertretung seiner Interessen nicht Leuten übertragen dürfe, die in erster Linie den Interessen der Kirche glauben dienen zu müssen.**

**Dänemark.** Der neue Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes wurde in der vorigen Woche im Folkething beraten. Der Wortführer der Linken, Christensen-Stabil, meinte, man dürfte den Landwirthen nicht die Kosten für die Versicherung aufbürden, sondern diese müßte der Staat tragen; aber daß sei nur möglich, wenn alle Gesellschaftsklassen in das Versicherungsgesetz hineingezogen würden. Die Vertreter der Rechten, Wulf und Joventius, sprachen gegen den Antrag, der ihnen schwer durchführbar zu sein schien. Der Minister des Innern, Vardenfleth, hält eine Versicherung der Landarbeiter gegen Unfälle für sehr schwierig. Er ist aber nicht abgeneigt, bei einer Umarbeitung des Antrages mitzuwirken. Jansen (Sozialdemokrat) ist gegen die Versicherungspflicht der Arbeiter. Wenn eine andere Versicherung nicht zu erlangen wäre, würden sie auch dieser zustimmen. Natürlich wäre das einzig richtige Staatsversicherungen und nicht die Begründung von Einzelgesellschaften, aber da man schließlich, damit in den Sozialismus hineinzuführen, hätte es ja keinen Zweck, dahingehende Anträge zu stellen. Er empfiehlt Ueberweisung des Antrages an eine Kommission, in der man vielleicht zu besseren Resultaten kommen kann. Dementsprechend wurde beschlossen.

**Der Landesthing behandelte am Freitag den sozialdemokratischen Antrag: Bewilligung von Staatsdarlehen für den Bau von Arbeiterwohnungen und den Umbau ungesunder Stadtheile. Der Finanzminister empfahl den Antrag, da er hauptsächlich aus einer Verlängerung des Gesetzes von 1887 hinarbeitete. Knudsen (Sozialdemokrat) beländete dann die Kopenhagener Wohnungsverhältnisse, die den Bau von kleinen Wohnungen bringen erheischen, sowohl hinsichtlich der Bauverhältnisse, als auch der Bewohnerzahl und der enormen Preise. Ferner wies er auf die Hindernisse hin, die die Hauswirthe hin. Konferenzrath Hansen weist, daß die Verhältnisse so traurig sind, aber er glaubt nicht, daß ihnen abgeholfen werden könne. Der Antrag kommt in den nächsten Tagen zur zweiten Lesung.**

**Rußland.** Das Komitee des jüdischen Arbeiterbundes Rußlands und Polens bittet uns, eine — wie es scheint — von der russischen Regierung geplante neue Barzerei zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Einer der Staatsanwälte in Wilna ließ nämlich vor kurzer Zeit die Aeußerung fallen, daß die russische Regierung die Absicht hat, den jüdischen Verbannten keine Geldzuschüsse mehr zu gewähren, da infolge des bedeutenden Anschwellens der Zahl dieser Verbannten für diesen Zweck zu hohe Geldmittel erforderlich seien, auch werde verabsichtigt, die Kost der in Gefängnissen internirten Juden zu verschlechtern. Um die Bedeutung der von der Regierung geplanten Maßregel unseren Lesern verständlich zu machen, wollen wir bemerken, daß in den meisten Gegenden, wo die Verbannten hingeschickt werden, für diese keine Erwerbsthätigkeit möglich ist und daß sie aus diesem Grunde bis jetzt von der Regierung geringe Geldzuschüsse bekommen, welche allerdings auch in den meisten Fällen selbst für die bescheidenste Erziehung nicht ausreichen. Wird die neue Maßregel durchgeföhrt, so werden die Verbannten direkt dem Verhungern ausgeliefert.

**Affen.** Mißbilligkeiten zwischen Japan und Korea. Die „Times“ melden aus Kobe vom Sonntag, die koreanische Regierung habe beschlossen, keine Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen an Ausländer zu vergeben; der japanische Gesandte in Seoul fordere, daß der auf grund eines Uebereinkommens vom Jahre 1894 von Japan aufgeschickte Kontrakt für den Bau der Seoul-Jusan-Eisenbahn unterzeichnet werde.

**Afrika.** Von den Kämpfen in Uganda. Das Londoner Auswärtige Amt hat die Bestätigung der Meldung erhalten, daß die ausländischen Soldaten in Uganda am 9. Januar Port Lubwoos geräumt und alle Streitkräfte in einer großen Ebano und mehreren Booten über eine Bucht des Viktoria Nyanza fortgeschickt haben. Kapitän Harrison sei mit 2000 Mann, zwei Feldgeschützen und 1000 Bagandas abmarschirt, um die Auführer zu verhindern, den Nil zu überschreiten.

**Amerika.** Washington, 5. Febr. Die Beamten des Ackerbau-Departements ausherten ihre Ueberzeugung über die gestrigen Ausführungen des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Fernbr. v. Hammerstein, welche dieser in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses gehalten, indem er eine Quarantäne gegen amerikanische Pferde zur Verhinderung der Einschleppung der Rosskrankheit in Aussicht stellte. Sie bestreiten die Möglichkeit, daß die amerikanischen Pferde mit der Rosskrankheit befallen seien, durchaus und sagen, daß die Krankheit, wenn sie nach der Einfuhr bei ihnen aufträte, von Pferden übertragen sein müße, die sich bereits an dem Orte befänden. Der Sekretär des Ackerbau-Departements erklärt Hammerstein's Angaben für unbegründet. Der Chef des Bureau's für Viehzucht bemerkt, die Rosskrankheit trete, soviel sein Bureau wisse, nicht vorwiegend in den Vereinigten Staaten auf. Der Vorsitzende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, Gitt, erklärt auf Befragen, es sei klar, daß die in Aussicht gestellte Quarantäne in den Rahmen der allgemeinen Bewegung falle, die

auf den Ausschluß amerikanischer Produkte hinabreife. Senator Dingle, der ebenfalls über seine Meinung befragt wurde, meint, eine etwaige Quarantäne wäre augenscheinlich demselben Bestreben zuzuschreiben, wie das Obsteinfuhrverbot, man müsse aber abwarten, ob die Quarantäne so nachdrücklich ausgedrückt werden würde, daß sie einer Verhinderung der Einfuhr gleich käme.

In Costa Rica und Nicaragua macht sich eine starke revolutionäre Bewegung bemerkbar, die gleichzeitig die Regierungen beider Staaten bedroht. In vier Stellen brachen zu derselben Zeit Aufstände aus. In Nicaragua halten die Aufständischen die Stadt San Juan besetzt; über den Ausbruch in Costa Rica liegen bisher wenige Meldungen vor.

**Australien.** Sydne, Mitte Dezember 1897. („Hamburger Corr.“) Am 20. Januar 1898 wird die dritte Konvention für die Verathung einer Bundesverfassung der australischen Kolonien in Melbourne eröffnet werden. Die Majorität des australischen Volkes und darunter fast ausnahmslos der Handelsstand ist von der Nothwendigkeit der Union durchdrungen; dessenungeachtet ist es höchst zweifelhaft, ob es in Melbourne gelangen wird, einen für alle Kolonien und Parteien annehmbaren Verfassungsentwurf zu stande zu bringen.

Queensland wird an der Konvention nicht teilnehmen. Der nördliche und mittlere Theil dieser Kolonie wollen vorerst von dem südlichen abgetrennt werden, um als selbständige Kolonien auf der Konvention vertreten zu sein. Sie befürchten, daß sonst in der Bundesverfassung die Arbeit der Farbigen (coloured labor) verboten wird, auf die sie wegen des tropischen Charakters ihrer Gebiete nicht verzichten können. Der südliche und wirtschaftlich und politisch bedeutendste Theil Queensland's ist für Abschaffung dieser Arbeit.

Dieselbe Frage ist auch in der Kolonie Südaustralien, die zwar an der Konvention teilnimmt, mit dem Unionprojekt in Verbindung gebracht worden.

In New-Süd-Wales, dessen Bevölkerung zum allergrößten Theile für die Union ist, zeigt das Parlament wenig Gefallen an dem Bundesverfassungsentwurf, wie er jetzt vorliegt. Es hat die für die Annahme der Verfassung notwendige Stimmenzahl der Bevölkerung durch ein besonderes Gesetz von 50 000 auf 80 000 erhöht. Diese Erhöhung einer dem Verfassungsentwurf günstigen Volksabstimmung ist auf die Thatfache zurückzuführen, daß auf den Konventionen, zu denen jede Kolonie zehn Abgeordnete entsendet, die kleineren: West-Australien, Süd-Australien und Tasmanien, über die großen: New-Süd-Wales und Victoria, die Majorität haben, weil Queensland fernbleibt. Als Ausdruck offener Abneigung gegen den Uniongedanken miß aber angesehen werden, daß in dem Parlamente der Antrag gestellt und angenommen wurde, das zukünftige Bundeparlament solle nicht befugt sein, den Freihandel zwischen den einzelnen Kolonien zu erzwingen.

In der Kolonie Victoria ist ein ähnliches Verlangen, freilich in beschränktem Umfange, an den Tag getreten. Es sollen Spirituosen zwar von einer Kolonie in die andere eingeführt werden dürfen, aber eine jede soll das Recht haben, im Detailverkauf davon die Abgaben zu erheben, die ihr belieben.

Diese beiden Reservate von Seiten New-Süd-Wales und Victoria würden die Wirtschaft's- und Zollereinheit, die doch das Wesen der Union ausmachen sollte, beinahe illusorisch machen. Sie brauchen aber zunächst nicht weiter erörtert zu werden, denn in dem Verfassungsentwurf, wie er bis jetzt vorliegt, ist diese Einheit überhaupt noch nicht definiert worden. Die Debatten machen den Eindruck, als ob die Konvention nur mit der Aufgabe beschäftigt sei, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Unionbildung gegen einander abzuwägen.

**Partei-Nachrichten.**

Fran Emma Ihrer in Pankow erlucht uns, den Parteigenossen mitzutheilen, daß sie augenblicklich Reserate für Versammlungen nicht übernehmen kann, da sie bis Mitte Februar unterwegs sein wird.

**Politik in der Schule.** Im Dorfe Genshmar bei Küstrin waren von unseren Parteigenossen Flugblätter und Kalender vertheilt worden. Daran forberte, wie uns mitgetheilt wird, der Lehrer Benz die Schulkinder auf, die sozialdemokratischen Schriften in die Schule mitzubringen. Den Kindern, die das thaten, gab er dann sogenannte patriotische Schriften dafür. Derartige Bestände gegen den neutralen Ebnoraker, den die Volksschule einzunehmen hat, wenn sie dieses Namens würdig sein soll, sind leider unter den Lehrern nicht selten.

In Danau befinden sich die Parteigenossen in lebhafter Thätigkeit für die Stadiverordnetenwahl. Zu vorigem Freitag hatten sie eine Versammlung veranstaltet, die so zahlreich besucht war, wie kaum jemals eine Versammlung in diesem Ort. Der gewaltige Raum des großen Saales des Lokals Saalbau war vollständig gefüllt. Den Vortrag hielt Reichstags-Abgeordneter Ulrich aus Offenbach.

In die Redaktion der Magdeburger „Volkstimm“ ist der Parteigenosse August Müller aus Hamburg, bisher Redakteur der „Gärtner-Zeitung“, eingetreten.

In Nürnberg referirte am Sonntag in einer großen Volksversammlung Reichstags-Abgeordneter Dertel über die gegenwärtige innere und äußere Politik Deutschlands. In einer einstimmigen angenommenen Resolution protestirte die Versammlung gegen die Schutzoll- und Viebzegabepolitik, ferner gegen die Politik der Eroberungen und gegen das Koalitiontsrecht der Arbeiter. Darauf wurde die durch den Tod Grillenberger's notwendig gewordene Neuwahl des Vertrauensmannes vorgenommen. Die Wahl fiel auf Dertel, zu seinem Stellvertreter wurde Sizinge ernannt.

**Polizeiliches, Gerichtliches zc.** — Redakteur Erdmann von der „Königsberger Volkstribüne“ hat am 31. Januar eine sechs- und eine zweiwöchige Gefängnisstrafe angetreten. Die erstere Strafe wurde ihm wegen eines Artikels zuerkannt, worin Mißstände der Provinzial-Ferrenbahn Allenberg geshildert waren; vor Gericht war es jedoch nicht möglich, für alle Behauptungen den vollen Wahrheitsbeweis zu liefern. Die zweite Strafe wurde verhängt, weil in einem Artikel, worin ein bestimmter Oberförster nicht genannt war, sämmtliche Oberförster Preußens beleidigt sein sollten.

In der vorjährigen Generalversammlung des aus Bürgerlichen und Arbeitern zusammengesetzten Stettiner Konsum- und Sparvereins war, da die Mehrheit des Vorstandes beschloffen hatte, bei der Rentearbeiter am 22. März die Verkaufsläden nach Mittag zu schließen, gewünscht worden, man möge die Läden nun auch am Nachmittage des 1. Mai schließen. Trohdem kein formeller Antrag gestellt und daher über den Wunsch auch nicht abgestimmt worden war, wurden die Vorstandsmglieder des Vereins, darunter Reichstags-Abgeordneter Herbert, vom Schöffengericht zu je 10 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil sie die Erörterung einer politischen Angelegenheit gebuldet hätten. Herbert legte Berufung beim Landgericht ein und begründete diese u. a. damit, daß von der Waikete überhaupt nicht gesprochen worden sei. Das Landgericht verwarf aber die Berufung. Wenn man den 1. Mai, an welchem Tage die Sozialdemokratie ihre Waikete abhält, dem 22. März gleichstelle, so habe das politische Weisgesmach, und wenn man beide Tage zu einander in Vergleich bringe, so sei das eine politische Demonstration.

**Prozeß Zola.**

Paris, 7. Februar. Von 10 Uhr vormittags an herrscht am Justizpalast großer Andrang von Personen, die dem Prozesse Zola bewohnen wollen. Mannigfaltig sind die Gesichter vor den Gittern in geordneter Reihe auf. Es sind sehr strenge Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen.

Hochefort traf um 10 1/2 Uhr vor dem Justizpalaste ein und wurde von der angeammelten Menge mit Hochrufen empfangen, einige riefen: „Nieder mit Hochefort“.

Die Gerichtssitzung wird vormittags 10 Uhr eröffnet. Präsident de Lagorgue giebt bekannt, er werde den Saal räumen lassen, sobald irgendwelche Kundgebung stattfinden würde.

In seiner Erwidernng führt der Verteidiger Zola's, Advokat Labori, aus, alle in dem Briefe Zola's angeführten Thatsachen ständen in engem Zusammenhange.

Die drei Schreiber a d'avenue d'Alsace, Deshayes, Barinard und Couard erklären, sie würden zivilrechtliche Ansprüche geltend machen.

Während der zeitweiligen Unterbrechung der Gerichtsverhandlung herrschte im Saale lebhafteste Erörterungen, ohne daß ein besonderer Zwischenfall sich ereignete.

Die Verhandlung wird um 3 Uhr wieder aufgenommen. Der Gerichtshof giebt den Beschluß bekannt, daß dem Angeklagten nicht zu gestatten sei, alle in dem Artikel Zola's enthaltenen Thatsachen zu beweisen.

Darauf wird mit dem Anruf der Zeugen begonnen. Der Präsident verliest Entschuldigungsschreiben, die von den Zeugen de Pressensé, General de Luxer, Oberst Namel, Frédéric Passy, Milcent und Dr. Gilbert eingegangen sind.

Weiter wird ein Schreiben von Casimir Perier verlesen, worin derselbe erklärt, er könne nur über Thatsachen, die in der Zeit nach seiner Präsidentenschaft fallen, Aussagen machen.

Der Gerichtshof beschloß, über die verschiedenen Anträge nach Verhandlung des Zeugenaufsatzes Entscheidung zu treffen.

Gegen Schluß der Sitzung stellte der Verteidiger Labori eine Reihe von Anträgen des Inhalts, daß eine weitere Anzahl von Zeugen zum Erscheinen gezwungen werden sollten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Mit der Gründung von Gewerkschaften auf christlicher (katholischer) Grundlage ist am Sonntag begonnen worden und zwar mit einer Sektion der Bauarbeiter.

Dem Geschäftsbericht der Lohnkommission der Berliner Maurer, der in der letzten öffentlichen Maurer-Versammlung gegeben wurde, entnehmen wir folgende, auch für weitere Kreise interessante Einzelheiten: Die zuletzt am 9. Noobr. vorgenommene Lohnkontrolle ergab, daß 567 Bantzen, auf welchen 6418 Maurer beschäftigt gewesen sind, vorhanden waren, wovon auf 857 Bantzen mit 4372 Maurern der Stundenlohn von 60 Pf. bezahlt wurde.

Demnach die neunständige Arbeitszeit als für die Dauer gesichert gelten und auch der 60 Pfennig-Stundenlohn als ziemlich erzwungen betrachtet werden. Die meisten verlorengegangenen Bauplätze waren von Ende September bis Mitte Oktober zu verzeichnen und waren es in vielen Fällen solche, die gegen den Willen der Lohnkommission vorgenommen wurden.

Die Forme der Firma Brandes u. Co. in Wolfenbüttel sind wegen Lohnunterschieden in den Ausland getreten.

Die Braunschweiger Böttchergesellen sind — nachdem sie vor einiger Zeit ihre Kündigung eingereicht hatten — am 5. d. M. in den Kampf um den Lohnzins eingetreten.

Der Formerkreis in Hensburg dauert fort. Die Arbeiter haben mit der Firma Zeylon u. Sohn verhandelt, jedoch haben sie es abgelehnt, auf den Vorschlag der Firma — Anerkennung eines neuen Tarifs — einzugehen.

Die zweite Generalversammlung des Verbandes der Werftarbeiter Deutschlands wurde am Sonntag Nachmittag auf der Elbinsel Wilhelmshagen bei Hamburg eröffnet.

Der Zentralvorstand des Verbandes der Hosenarbeiter Deutschlands erläßt heute einen Aufruf zu einem vorläufiglich im Juli d. J. stattfindenden Kongress.

Bei der Gewerkegewerkschaftswahl in Brieg wurden unsere Kandidaten in der Klasse der Arbeiter einstimmig gewählt.

Die Zimmerer der Städte Ohrdruf, Schwarzwald, Waltershausen und Tabarz hatten durch ihre Lohnkommission an den Verband der Holzindustriellen des Thüringer Waldes das Ersuchen gerichtet, eine Aufbesserung der Lohnverhältnisse der Schneidmüller, Tischler und verwandter Holzarbeiter herbeizuführen.

Der Verband der Lederarbeiter hat nach seiner Abrechnung vom dritten Quartal 1897 eine Einnahme von 13 194,36 M zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 8 190,71 M gegenüber steht.

Die Handschuhmacher in Arnstadt haben sämtlichen Fabrikanten einen neuen Lohnzins unterbreitet, der mit Ausnahme eines Fabrikanten Annahme gefunden hat.

Zu Müden befinden sich die Arbeiter einer Leinwandfabrik im Ausstand. Die Ausständigen erhielten bisher einen Stundenlohn von 20 Pf. und wurde ihnen der Lohn für eine halbe Nebenstunde verweigert.

Ausland.

Der Streik der Rammacher und Berufsgenossen in Wien um Ertragung der neunständigen Arbeitszeit dauert seit dem 24. Januar unverändert fort. Troßdem die Arbeitgeber den Beschluß gefaßt haben, daß diejenigen von ihnen, welche die Forderung bewilligen, 25 fl. Strafe an die Meister-Krankenkasse zu zahlen haben, halten sich die Streikenden sehr wacker und die Stimmung ist eine günstige.

Unternehmer-Verbände.

Zur Hebung der Lage der Transportschiffer, insbesondere der Steinschiffer, ist in einer letzten in Berlin stattgehabten Schifferversammlung, in welcher u. a. 23 Schifferinnungen vertreten waren, die Gründung einer Transport-Gesellschaft mit dem Sitz in Berlin beschlossen worden.

Der Arbeitsmarkt im Januar zeigte im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des vorigen Jahres wieder ein günstiges Gepräge. Nach den in der Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlichten Situationsberichten über die Lage des Arbeitsmarktes im Schuhgewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie und in verschiedenen Gewerbezweigen Berlins lassen sich zwar scharf bemerkbare Symptome eines Rückgangs der allgemeinen Geschäftskonjunktur und ihre nachteilige Einwirkung auf die Lage des Arbeitsmarktes nicht bestreiten, doch sprechen wieder andere Wahrnehmungen, so in der Textilindustrie und theilweise auch im Schuhgewerbe, für eine augenblickliche Besserung.

Eine Abnahme der Arbeitsuchenden war zu verzeichnen in Kiel, Halle a. S., Dessau, Gera, Hannover, Osnabrück, Münster, M.-Gladbach, Nachen, Kreuznach, Darmstadt, Heidelberg, Schopfheim, Offenbach, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Kempten, Ludwigsburg, Göttingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg.

Zugewonnen hat die Zahl der Arbeitsuchenden in Gosen, Celles, Frankfurt a. O., Berlin, Mirdorf, Quedlinburg, Esfurt, Oberfeld, Essen, Köln, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Gießen, Worms, Kaiserslautern, Lehr, Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Färth, Augsburg, München, ferner in Wien, Brunn, Verna.

Zu dem neuen Recht der Handlungsgehilfen, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, hat, wie uns von beteiligter Seite geschrieben wird, bis jetzt noch kein Staat Ausfühungs-Vorschriften erlassen, so daß mit Ausnahme der Kündigungsfrist und Gehaltszahlung, die im Gesetz präzisirt sind, thatsächlich alles beim alten geblieben ist.

Der Schiffbau in Preußen. An kleinen und großen Schiffbauanstalten und Werften zählte Preußen 1882 705 Hauptbetriebe mit 13 161 darin thätigen Personen, 1895 aber 728 mit 25 348 Personen (Zunahme 92,56 pCt.).

Gebt schon aus der Personenvermehrung die rasche Entfaltung der preussischen Schiffbau-Industrie hervor, so zeigt sich diese noch auffällender in der Entwicklung der im Dienste dieser Industrie stehenden mechanischen Hilfskräfte.

14 Tage lang hat der Strumpfwarenfabrikant Bruno Heinrich Zinke in Guben eine Anzahl jugendlicher Arbeiter mehr als zehn Stunden täglich beschäftigt. Dafür verurtheilte ihn das Landgericht wegen Uebertretung der Gewerbe-Ordnung zu 150 M. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis, eine Strafe, die ihm wohl nicht ganz gleichgiltig sein wird.

Wenn die Gerichte allenthalben derartige Verletzungen der Unternehmung nur einermahnen streng ahnden würden — vielfach kommen die Unternehmer selbst in sehr schlimmen Fällen mit einer milden Strafe davon — so würde es um die Durchführung des Arbeiterschutzes bald besser stehen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Zepitz, 7. Februar. (W. O.) Ein aus Deutschland zugereistes Liebespaar hat sich hier heute Vormittag erschossen.

Urbach, 7. Februar. (W. T. B.) Eine Abordnung der Grundbesitzer des Szabolczer Komitats begab sich heute zum Ministerpräsidenten Baron Banffy, um wegen Schuhmacherregeln gegen das Ueberhandnehmen der sozialistischen Bewegung in diesem Komitate, welche Leben und Eigenthum gefährde, vorstellig zu werden.

Paris, 7. Februar. (W. T. B.) Depuirtenkammer. Im Laufe der Verhandlung über das Budget des Auswärtigen, wobei Deuocle die Veranwortung über die Neutralisirung des Mittelmeer verlangte, fragt Deloaffe, welche Haltung Frankreich gegenüber den Ereignissen in China einnehme.

**Unsern neuesten Ausw.**

- Januar.
- 3. Kiel. Genosse Kunst wegen öffentlicher Verbreitung von Flugblättern 10 M. Geldstrafe.
  - 4. Frankfurt a. M. Wegen Verleumdung eines Landwehrvereins-Hauptmanns Genosse Schmidt 300 M. Geldstrafe.
  - 5. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Kaufmann in Harburg 200 M. Geldstrafe wegen Verleumdung der Polizei.
  - 6. Rostock (Mecklenburg). Wegen Verstoßes gegen die Verordnung vom 27. Januar 1881, fünf Genossen je 30 Mark, vier Genossen je 15 Mark und ein Genosse 8 Mark Geldstrafe.
  - 7. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Windhoff in Düsseldorf 3 Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Fabrikanten.
  - 8. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Vahle in Magdeburg 3 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.
  - 9. Magd. Wegen des gleichen Reats Genosse Schlaichen 20 M. Geldstrafe.
  - 10. Grimma. 15 M. Geldstrafe Genosse Martin wegen Verbreitung groben Unfugs.
  - 11. Leipzig. Genosse Erdmann in Königsberg in der Revisionsinstanz 300 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des Offizierskorps.
  - 12. Harburg. Wegen Verleumdung des Magistrats und wegen Ungebühr vor Gericht Genosse Roche 30, 8 und 20 M. Geldstrafe.
  - 13. Magdeburg. 20 M. Geldstrafe Genosse Harbaum wegen Verbreitung groben Unfugs. — In der Revisionsinstanz Genosse Vahle 100 M. Geldstrafe wegen Fabrikanten-Verleumdung.
  - 14. Leipzig. 1 Monat 2 Wochen Gefängnis der Schuhmacher Koch wegen wörtlicher und thätlicher Verleumdung von Streikbrechern.
  - 15. Magdeburg. Genosse Baumüller wegen Verleumdung des Magistrats 3 Monate Gefängnis. — Wegen Richter-Verleumdung Genosse Vahle 30 M. Geldstrafe.
  - 16. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Grimpe in Giebelsfeld 4 Monate Gefängnis wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters.
  - 17. Weimar. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung 2 Arbeiter zu je 3 Wochen, 1 Arbeiterin zu 14 und eine zu 10 Tagen Gefängnis.
  - 18. Lübeck. Ein Genosse wegen Verstoßes gegen die Verordnung über die Heilighaltung des Sonntags 5 M. Geldstrafe.
  - 19. Kiel. In der Berufungsinanz Genosse Korn 20 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des Grafen Reventlow.
  - 20. Braunsberg. Genosse Guth wegen Verleumdung des Bürgermeisters zu Luckenwalde 30 M. Geldstrafe.
  - 21. Mainz. Wegen Verleumdung eines Steuerbeamten Genosse Liebmann 20 M. Geldstrafe.
  - 22. Arnswalde. 30 M. Geldstrafe ein Maurer wegen Verbreitung groben Unfugs.
  - 23. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Erdmann in Nürnberg 14 Tage Gefängnis wegen Verleumdung der Oberförster Preußens.
  - 24. Cuedlitzburg. 15 M. Geldstrafe Genosse Trautwein wegen Verleumdung der Baupolizei.
  - 25. Dresden. Genosse Urner wegen Verbreitung groben Unfugs eine Woche Haft.
  - 26. Anhalt. In der Berufungsinanz ein Arbeiter einen Monat Gefängnis wegen Verleumdung eines Arbeiters, den er Streikbrecher genannt hatte.
  - 27. Wismar. Wegen Verbreitung groben Unfugs ein Steinmetz 10 M. Geldstrafe.
  - 28. Hamburg. Ein Schiffszimmerer 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
  - 29. Wismar. 15 M. Geldstrafe Genosse Struckmann wegen Verleumdung eines nicht erlaubten öffentlichen Aufzugs.
  - 30. Lübeck. Wegen Verleumdung eines Streikbrechers 2 Arbeiter 2 Monate bzw. 2 Wochen Gefängnis.
  - 31. Rostock. Ein Tischler wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung 2 Wochen Gefängnis.
  - 32. Hamburg. Wegen des gleichen Vergehens ein Postenarbeiter 6 Wochen Gefängnis.
- Insgesamt wurde erkannt auf 1 Jahr 10 Monate 2 Wochen und 5 Tage Gefängnis und auf 1464 M. Geldstrafe.
- Berlin, den 5. Februar 1898.

Der Parteivorstand.

**Reichstag.**

34. Sitzung. Montag, den 7. Februar 1898, 2 Uhr.  
Am Bundesratsstische: v. Podbielski.  
Das Gesetz betr. die Aufhebung der Reaktionspflicht der Reichsbeamten wird in dritter Lesung debattelos angenommen.  
Sodann wird die zweite Staatsberatung beim Postetat (Tit. 7) fortgesetzt.  
Weim. Titel „Oberpostdirektion“ spricht  
Abg. Werner (Reform-): den Wunsch aus, daß es den Beamten in Berlin erlaubt sein würde, außerhalb Berlins zu wohnen. Der Titel wird hierauf bewilligt.  
Zum Titel „Vorsteher von Postämtern I. Klasse“ beantragt Abg. Kopsch (fr. Sp.) folgende Resolution:  
Den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zu thun, um ohne Verletzung bereits erworbener Rechte die Verminderung und endliche Aufhebung der Offiziers-Postvorschebenstellen einzutreten zu lassen.  
Es giebt zur Zeit 192 Militär-Postämter, d. h. 17 pCt., deren Postvorsteherstellen nicht von Offizieren besetzt werden, die durchaus ohne postalische Vorkenntnisse sind. Sie werden nur einer christlichen Prüfung unterworfen, die auch die gewöhnlichen Postgehilfen ablegen müssen; und diese können es höchstens bis zum Postassistenten bringen. Das einzig Entscheidende, die mündliche Prüfung, fällt dagegen überhaupt fort. Durch solche Vorschreibungen wird das Postwesen gefährdet. Sie finden eben nicht nach dem Grundsatz der Tauglichkeit statt, sondern unter dem Gesichtspunkte der Versorgung bestimmter Personen. Natürlich können solche Postvorsteher auch nicht die nötige Autorität ihren Untergebenen gegenüber haben. Eine solche Autorität äußert sich auch in einem humanen Verhalten; je weniger man aber über wirkliche Tauglichkeit verfügt, desto mehr sucht man dies durch anmaßendes hochjahrendes Betragen wettzumachen. Im vergangenen Jahre sah ich nun noch, daß man gar mit der Absicht umgehe, den Schalterdienst durch Militäranwärter ausführen zu lassen. Der Schalterdienst ist nun derartig schwieriger, daß dies am allerwenigsten nicht sachmäßig aufgebildete Personen am Platze wären. Ich hoffe, daß der neue Staatssekretär diesem System ein Ende machen wird.  
Unterstaatssekretär Freisch: Die Militärpostämter thun in durchaus befriedigender Weise ihren Dienst; die Verwaltung ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß das eingeführte System in seinem jetzigen Umfange sich sehr wohl bewährt. Die einzige Änderung, die wir vornehmen würden, könnte nur eine Erhöhung der Offiziers-Postvorsteherstellen sein. (Hört! hört!) Die Qualifikation wird nicht nur durch theoretische Ausbildung gewonnen, sondern ist die Folge gewisser Eigenschaften, die nur durch die Zeit erworben werden, z. B. ist die Pünktlichkeit, an die die Offiziere gewöhnt sind, eine wesentliche Bedingung für die sorgfältige Ausführung des Postvertraus.

Abg. Graf v. Stosberg (l.): Dem Wunsche des Abg. Kopsch, die Zahl der Militär-Postämter zu vermindern, muß ich entschieden entgegenstehen. Es giebt eine so große Anzahl von pensionierten Offizieren, daß ich nur bedauern, daß die Anzahl der Militär-Postämter nicht vermehrt werden kann. Sie wünschen den Militärpersonen immer alles Gute, aber für jeden einzelnen Fall, da passen sie immer nicht hin. Ich hoffe, daß die Verwaltung bei ihrem gegenwärtigen Verhalten bleiben wird.  
Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Kopsch wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt.  
Weim. Titel „Postsekretäre zc.“ erklärt sich als Berichterstatter Abg. Passche (nat.) gegen die petitionirte Erhöhung der Gehälter der Postsekretäre.  
Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) befragt eine Erhöhung des Maximalgehalts der Postsekretäre um 300 M. Das Höchstgehalt beträgt jetzt 3500 M., es sollte auf 3800 M. erhöht werden. Die Wünsche dieser Beamtenkategorie seien durchaus berechtigt. Er wisse, daß er heute auf einem verlorenen Posten stehe, hoffe aber, daß im nächsten Jahre diese Erhöhung durchgeführt werde.  
Die Diskussion wird geschlossen, der Titel angenommen.  
Weim. Titel „Postassistenten“ spricht  
Abg. Werner (Reform-) dem Staatssekretär seinen Dank aus, daß er dem Postassistenten-Verband freundschaftlich gegenüberstehe, wie sein Vorgänger. Er hoffe, daß man nun auch den Wünschen dieser Beamtenkategorie mehr wie bisher nachkommen werde.  
Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) wünscht eine anderweitige Regelung der Dienstaltersklassen bei den Postassistenten.  
Staatssekretär des Reichspostamts von Podbielski verkennt das Wohlwollen des Abg. Müller für diese Beamtenkategorie nicht, die Erfüllung der Wünsche des Abgeordneten mache aber erhebliche Schwierigkeiten.  
Die Diskussion wird geschlossen. Der Titel wird genehmigt.  
Weim. Titel „Fernsprech- und Telegraphen-Gehilfen“ befragt  
Abg. Dr. Hammacher (nat.) eine größere Fürsorge für diese weiblichen Angestellten. Der Dienst sei mindestens so anstrengend im Telephonbetrieb wie im Telegraphendienst. Eine Abkürzung der Zeit, in der die Damen in etatsmäßige Stellen aufrücken, sei sehr wünschenswert.  
Abg. Singer (Soj.): Wir sind auch dafür, daß den Damen möglichst bald eine gesicherte Lebensstellung gewährt wird. Allzu viel Lob kann ich aber der Postverwaltung nicht aussprechen. Die Damen fangen mit 2,25 M. pro Tag an, erhalten dann erst 2,40 M. und erst im vierten Jahre erhalten sie 3 M. pro Tag. Das Gehalt ist nur dann überhaupt auskömmlich, wenn die Damen in der Familie Unterstützung haben. Mit solchen Rücksichten darf aber kein Gehalt normiert werden. Die Damen haben in der Woche 49 Stunden Dienst. Wenn man bedenkt, wie nervenzerschütternd der Dienst ist, so ist das viel zu viel. Wir wären es interessiert, zu erfahren, wie viele dieser Damen nach 9 Jahren überhaupt noch dienstfähig sind. Ich meine, man darf die Damen nur so viel anstrengen, daß sie auch in den Genuss der etatsmäßigen Stellen kommen. Noch einen Punkt möchte ich zur Sprache bringen. Die Damen müssen bei Erholungsurlauben die Stellvertretungskosten selbst tragen. In der Kommission ist gesagt worden, bei Krankheitsurlauben würden von der Verwaltung die Kosten getragen. Aber gerade bei den Telegraphistinnen ist ohne direkte Krankheit oft ein Erholungsurlaub notwendig. Die Wünsche der Damen sind sehr beschneiden, ich hoffe, sie werden bei der Verwaltung wohlwollend aufgenommen werden.  
Staatssekretär v. Podbielski: Es ist ganz eigentümlich. Herr Singer verlangt billigeres Telephongebühren. Die kann ich doch nur bei billiger Verwaltung gewähren. Jetzt soll ich nach Wunsch des Abg. Singer allen den Damen 3 M. bezahlen. Bedenken Sie doch, daß die Damen in der ersten Zeit noch lernen müssen. Eine Statistik kann ich noch nicht aufmachen. Wir beschäftigen ja erst seit neun Jahren Damen. Ein Abgang ist aber nur durch Verheiratung der Damen erfolgt.  
Abg. Prinz v. Schmudde-Carolath warnt davor, in den Anforderungen zu weit zu gehen. Man könnte dadurch leicht erreichen, daß man den Gegnern der Beschäftigung von Frauen Material liefert. Nebenher richtet an das Publikum den Appell, bei Benutzung des Telephons Rücksicht auf die Nerven der Telephonistinnen zu nehmen.  
Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wenn der eine Telephonhörer abgeschafft wird, werden die Telephonistinnen noch mehr zu leiden haben. In den Forderungen der Verbilligung der Telephongebühren und Erhöhung der Telephonistinnengehälter liegt kein Widerspruch. Durch Verbilligung der Telephongebühren wird kein Einnahmehinzufluß entstehen. Wir sind viel zu gute Menschen, um die Verbilligung der Telephongebühren auf Kosten der Telephonistinnen zu verlangen. (Heiterkeit.)  
Geh. Rath Sydow: Die Verwaltung hat durchaus nicht die Absicht, auf Kosten der Gesundheit der Angestellten an den Betriebs-einrichtungen zu sparen. Der zweite Fernhörer wird deshalb befestigt, weil die Mikrophons so gut hergestellt sind, daß ein Hörer genügt. Wozu wird denn der zweite Hörer überhaupt benutzt; um sich das eine Ohr zuzuhalten. Dazu genügt auch die Hand. Die Telephonistinnen werden dadurch nicht im mindesten geschädigt. Für ihre Gesundheit wird alles getan. Jetzt ist dafür Sorge getragen worden, eine Einrichtung zu treffen, durch welche die elektrischen Schläge vermieden werden, unter denen die Damen zu leiden haben.  
Abg. Dr. Lugsen (Z.): Es sind soviel Bewerberinnen um die Telephonistenstellen vorhanden, daß die Damen doch zufrieden sein müssen. Sind sie aber zufriedener, dann kann ich dem Abg. Singer nicht recht geben. Bei seinem Wohlwollen wird der Herr Staatssekretär schon das Rechte treffen.  
Die Diskussion wird geschlossen, der Titel bewilligt.  
Es folgt der Titel „Unterbeamten“.  
Hierzu liegt folgende Resolution der Budgetkommission vor: Das Anfangsgehalt der Post-Unterbeamten von 800 M. auf 900 M. zu erhöhen und die nötigen Mittel in einem Ergänzungsetat zu fordern.  
Ein Antrag des Abg. Singer verlangt, die durch die Gehaltserhöhung auf 900 M. bedingten Mehrausgaben auf Grund einer vorzunehmenden kalkulatorischen Berechnung in den Etat einzusetzen.  
Mit Titel 25 wird Titel 26 „Landbriefträger“ verbunden.  
Der liegt eine Resolution der Budgetkommission vor: Das Endgehalt der Landbriefträger von 900 M. auf 1000 M. zu erhöhen und die hierfür erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 1898 durch einen Ergänzungsetat zu fordern. Auch dazu beantragt Abg. Singer (Soj.), den dadurch bedingten Mehrausgaben nach kalkulatorischer Feststellung in den Etat einzusetzen.  
Abg. Singer (Soj.): Es sind dieselben Anträge, die den Reichstag schon in der vorigen Session beschäftigt haben, wo sie in Form einer Resolution einstimmig angenommen wurden. Es handelt sich darum, diejenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1895 angestellt sind, in dasselbe Anfangsgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1895 bereits angestellt waren; ferner um eine Erhöhung des Höchstgehalts der Landbriefträger von 900 auf 1000 M. In Betracht kommen hierbei 30 740 Unterbeamte und 18 900 Landbriefträger. Bei diesen Kategorien von Unterbeamten hat durch die Altersdienstaufgabe-Bestimmungen eine Verschlechterung stattgefunden. Im Jahre 1894/95, wo beide Klassen der Unterbeamten im Etat getrennt erschienen, von denen die eine 700, die andere 900 M. Anfangsgehalt hatte, hatten wir 22 808 Unterbeamte. Diese bezogen damals 26 253 685 M., mithin durchschnittlich 1151 M.; im Jahre 1896, wo beide Kategorien im Etat

zusammengesetzt sind, beziehen die Beamten durchschnittlich nur 1132 M., mithin 19 M. pro Kopf weniger, als früher. Die Reichskasse erspart mithin 583 528 M. In Bezug auf die Landbriefträger haben wir dieselbe Erscheinung; auch sie erhalten jetzt pro Kopf 6 M. weniger und die Reichskasse erspart damit 109 900 M. Das sind die thatsächlichen Verhältnisse. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß gerade bei den Landbriefträgern eine Art Heiraths-bureau im Reichstage etabliert wird. (Heiterkeit.) Die Einen sagen, die Landbriefträger sind eine begehrenswerthe Partee, die anderen behaupten dasselbe von den Telephonistinnen. Wir haben aber hier nur für eine vernünftige Regulierung der Gehälter zu sorgen. Es wird behauptet, daß sich im Osten viele Leute zu dem Posten eines Landbriefträgers drängen. Sind denn 700–900 M. wirklich ein so begehrenswerthes Einkommen? Wenn sich so viele Menschen nach diesem Posten drängen, so ist das nur ein Beweis für die miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse, die unter der Bevölkerung des Ostens herrschen. Gründe gegen eine Erhöhung der Gehälter sind überhaupt nicht anzuführen. Beide Anträge stellen eine einfache Forderung der Gerechtigkeit dar und es herrscht volles Einverständnis darüber, daß die Verbesserung der Gehälter notwendig ist. Wegen unsern Antrag werden nun zunächst staatsrechtliche Einwendungen erhoben, denen sich zu meinem großen Erstaunen auch der Abg. Lenzmann angeschlossen hat. Auch er glaubt, daß der Reichstag nicht einseitig Erhöhungen in den Etat einstellen dürfe. Der Abg. Lenzmann schüttelt mit dem Kopf. Ich frage mich, wenn ich ihn falsch verstanden haben sollte. Er schüttelt wieder. Umso mehr ist mein Erstaunen gerechtfertigt, daß er einen Standpunkt vertritt, der von seinen politischen Freunden bisher nicht eingenommen worden ist. Es ist durchaus kein Nonsense, wenn der Reichstag selbständig Etatsposten erhöht. Das ist das vorige Mal beim Nachtragetat geschehen und ich vermag wirklich nicht einzusehen, welcher Unterschied zwischen einem Nachtragetat und einem Hauptetat in dieser Hinsicht ist. Das Recht, Etatsposten selbständig zu erhöhen, ist ein notwendiger Bestandteil des Selbstverwaltungsrechts. Der Reichstag ist nicht bloß dazu da, Gelder zu bewilligen, die die Regierung verlangt oder Abträge vorzunehmen, er ist ein gleichberechtigter Faktor. Wenn wir die Verbesserung des Gehalts für notwendig erachten, haben wir gar keine Veranlassung, vor der Regierung zu kapitulieren. Ist denn der Bundesrat mehr wie der Reichstag? Die verbündeten Regierungen haben es ja in der Hand, den Etat, wenn Posten durch den Reichstag erhöht sind, nicht zu Stande kommen zu lassen. Wird aber die Regierung vor die Frage gestellt, ob sie den Etat daran scheitern lassen will, daß sie den Erhöhungen der Gehälter der Post-Unterbeamten nicht zustimmen kann, so werden die Herren vom Bundesrat es sich sehr wohl überlegen, bevor sie hierfür die Verantwortung übernehmen. Wenn wir endlich einmal aus den theoretischen Erörterungen in die praktische Wirklichkeit mit der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten kommen wollen, müssen Sie unseren Weg beschreiten. Das Zentrum hat einen anderen Weg eingeschlagen, nicht weil es etwa die Berechtigung des Reichstags, Etatsposten zu erhöhen, nicht anerkennt, sondern weil es im Augenblicke seine parlamentarische Macht nicht für diese staatsrechtliche Frage einsetzen will. Es will die Dinge in der Schwere lassen und fordert den Reichskanzler nur auf, in einem Nachtragetat die notwendige Summe für die Erhöhung der Gehälter dem Reichstag vorzulegen. Ich fürchte, daß Schicksal dieser Zentrumsvorstellung wird dasselbe sein, wie das der Resolution vom vorigen Jahre. Im vorigen Jahre forderten wir die Regierung auf, im diesjährigen Etat die Erhöhung vorzunehmen, diesmal soll sie angefordert werden, in einem Nachtragetat das gleiche zu thun. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob Sie auf diese Weise Ihren Wunsch durchsetzen werden. Wenn die Regierung die Forderung nicht erfüllen will, so liegt das ja viel weniger daran, daß sie die Berechtigung der Forderung bestritten. Aber sie will nicht eher vorgehen, als bis in Preußen die Erhöhung der Beamtengehälter vorgenommen ist. Bis zum Ueberdruß ist uns vorerzählt worden, daß der Reichstag die Verpflichtung habe, in den Bahnen Preußens zu wandeln. Dagegen kann nicht scharf genug protestiert werden. Gerade umgekehrt ist es richtig. Das Reich muß den Einzelstaaten, Preußen mit einbegriffen, vorangehen. Wenn man das Unglück hat, an der Spitze der preussischen Finanzverwaltung Herrn Riquel zu haben, der mit seiner Politik der Sammlung wohl auch die Sammlung des Staatsschatzes im Juliusthurm mit versteht (Heiterkeit), der keine Gelder für Kulturzwecke herbeibringt, obwohl er Millionen an der Hand hat, dann ist es um so weniger angemessen, daß das Reich dem Beispiel Preußens folgt. Es liegt durchaus kein Grund vor, daß der Reichstag darauf wartet, bis Preußen die Musik für den Mark macht. Die Herren vom Zentrum wollen ihre parlamentarische Machtstellung dadurch wahren, daß sie die Forderung der verbündeten Regierungen auf Erhöhung des Gehalts der Staatssekretäre mit der Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten in Verbindung bringen, und die erstere ablehnen, so lange die letztere nicht bewilligt ist. Das sieht nach außen hin ja recht hübsch aus, aber sachlich bedeutet es nicht viel. Ich habe hier zu erklären, daß meine Partee, auch wenn die Gehälter der Unterbeamten erhöht werden, nicht daran denkt, für die Erhöhung der Gehälter der Staatssekretäre zu stimmen. Wir würden es nicht bedauern, wenn der Etat um diese Summe entlastet würde. Ich kann auch nicht einsehen, inwiefern eine Verbindung zwischen diesen beiden Forderungen herzustellen ist. Die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ist absolut notwendig, und das unabhängig von der Bewilligung der Gehälter der Staatssekretäre. Das ist weiter kein Trost für mich, daß die Staatssekretäre die Zulage auch nicht bekommen. Zur Not können sie ja auch noch ein Jahr warten. Schließlich können sie, wenn sie sich große Mühe geben, auch mit 24 000 M. aus. Die Unterbeamten, die Landbriefträger, haben diese Zeit nicht. Für sie spielt es eine große Rolle, ob sie die 100 M., die ihnen zugeteilt sind, ein Jahr früher erhalten oder nicht. Leider besteht für keine große Aussicht, daß unser Antrag angenommen wird. Es handelt sich zwar nicht um große Summen, die in den Etat einzustellen sind; im ersten Falle um 1 1/2 Millionen Mark, im zweiten Falle um 190 000 M., und ich glaube nicht, daß an dieser Erhöhung die verbündeten Regierungen den Etat scheitern lassen werden. Auch für das Zentrum hätte die Zustimmung zu unserm Antrag große Bedeutung. Es würde ihm als Vorposten für seine Bestrebungen im Landtage dienen, und es könnte Herrn Riquel den Wind aus den Segeln nehmen. Aber durch den Weg, den es eingeschlagen gewillt ist, erweist es den Leuten, deren Forderungen es selber als berechtigt anerkannt hat, keinen guten Dienst. Wenn wir aber auch prinzipiell nicht in der Lage sind, dem Zentrum auf diesem Wege zu folgen, so werden wir selbstverständlich, wenn unser Antrag abgelehnt werden sollte, für den Kommissionsantrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)  
Geh. Ober-Regierungsrath Nemmann: Die Stellung der Regierung zu der staatsrechtlichen Frage ist bekannt, ich brauche sie nicht zu erörtern. Aber die Zahlen, die der Abg. Singer angeführt hat, scheinen mir nicht richtig gewählt. Nicht die etatsmäßigen Ausgaben, sondern die thatsächlichen Ausgaben müssen zum Vergleich herangezogen werden. Dann wird man sehen, daß die Aussichten der Postunterbeamten sich durch die Einführung des Dienstaltersklassen-Systems nicht verschlechtert haben.  
Abg. v. Kardorff (l.): Die große Majorität des Hauses sieht es als eine gute alte parlamentarische Sitte an, sich davor zu hüten, ihre selbstigen Summen in den Etat einzusetzen. Die Bestrebungen der Freunde des Herrn Singer gehen darauf, das Parlament in einen Konvent zu verwandeln, der, wie in der französischen Revolution, selbständig das Land regiert. In diesem Punkte wird sich aber die Majorität schwerlich mit ihnen verständigen können. Dem Abg. Lenzmann will ich erwidern, daß in meinem Kreise die Stellung

der Landbriefträger zu den gesuchtesten Stellen überhaupt gehört, und daß ich eine Petition erhalten habe, die mich ersucht, dahin zu wirken, daß die Gehälter der Landbriefträger nur ja nicht erhöht werden.

**Abg. Müller-Fulda (Z.)** bespricht, daß der Reichstag nicht das Recht haben sollte, Summen in den Etat einzustellen. Erst im vorigen Jahre sei ein solcher Fall vorgekommen. Allerdings betrachte er solche Fälle als Ausnahmefälle, und deshalb habe man diesmal den Weg der Resolution gewählt. Im übrigen habe gerade das Zentrum sehr alles Mögliche für die Unterbeamten getan. Die Resolutionen würden praktisch von größerem Vorteil für die Unterbeamten sein, wie die Anträge Singer. Er hoffe auf die praktische Durchführung der Resolutionen, die nur 1 1/2 Millionen Mehrkosten bedingen.

**Abg. Werner (Antif.)**: Der einzig gangbare Weg scheint mir, wie die Dinge liegen, die Resolution zu sein. Mehrere Wünsche für die Unterbeamten einen Erholungsurlaub von mindestens 14 Tagen und leichtere Sommerkleidung. Für den Antrag Singer würde er gern eintreten, aber er sehe keinen Erfolg.

**Abg. Dr. Hammacher (natl.)**: In der Sache besteht ja keine Meinungsverschiedenheit. Ich muß mich im Gegensatz zu den Abgg. Singer und Müller-Fulda auf den Standpunkt des Abgeordneten Kardorff stellen und theile seine staatsrechtlichen Bedenken. Was die Gehaltserhöhung des Staatssekretärs anlangt, so möchte ich noch einmal sagen: Ich hoffe, auch bei der Regierung bringe man dem Sachverständnis entgegen „noblesse oblige“. Wenn nun zugunsten wird, das Gehalt eines Beamten zu erhöhen, dessen verdienstvoller Vorgänger sich 25 Jahre und länger mit dem gleichen Gehalt begnügen mußte, obwohl er sich nicht in glänzenden privaten Vermögensverhältnissen befindet, hat, so können wir für eine solche Erhöhung mit gutem Gewissen nur stimmen, wenn auch die Gehälter der Unterbeamten erhöht werden. (Beifall.)

**Abg. Dr. Lieber (Z.)** betont, daß ein Ausgleich in den Beamtenklassen nicht nur nach oben, sondern besonders nach unten stattfinden muß.

**Abg. Graf Koon (L.)**: Wir stehen staatsrechtlich in diametraler Gegensatz zur Aufhebung der Sozialdemokratie. Ich gönne den Landbriefträgern alles gute, aber ich kann weder für die Resolution der Kommission noch für den Antrag Singer stimmen, da ich es nicht für unbedenklich halte, einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Nachdem noch **Abg. Müller-Fulda (Z.)** gegen den Abg. Hammacher polemisiert hatte, wird die Diskussion geschlossen.

Die Anträge Singer (Soz.) werden hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Resolutionen der Budgetkommission werden gegen einige Stimmen der Deutsch-Konservativen angenommen.

Die Titel 25 und 26 werden bewilligt, ebenso Titel 27—51.

Bei Titel 52 „Vervollständigung der Telegraphen-Anlagen“ befürwortet

**Abg. Hmann (Z.)** ein Gesuch der Elbersfelder Industriellen um Herstellung von Verbindungsleitungen von Bielefeld nach dem Industriebezirk von Barmen-Elbersfeld.

**Gch. Rath Sydow** sagt möglichst Erfüllung des Wunsches zu. Der Rest des Ordinariums wird hierauf genehmigt, ebenso noch Titel 1—15 der einmaligen Ausgaben ohne Debatte.

Hierauf wird ein Verlegungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung. Verathung des Handelsvertrags mit dem Orange-Freistaat. Etat des Auswärtigen Amtes.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

**Budgetkommission.** Die Erörterung beginnt mit den einmaligen Ausgaben für das südwest-afrikanische Schutzgebiet. Zur Begründung des Vorhabens der Reichsregierung in Sachen des Bahnbauers ließ der Unterstaatssekretär von Nischhofen einen Bericht vor, den er zu Gunsten des Bahnbauers an den Reichskanzler gerichtet und der das Eingreifen der Reichsregierung rechtfertigen soll. Die außerordentliche Kinderpest und der dadurch hervorgerufene Mangel an Transport- und Nahrungsmitteln habe dazu gedrängt, um so mehr, da das Eingreifen von Privaten aus politischen und finanziellen Gründen, sowie in Rücksicht auf die notwendige Verschleunigung des Baues, unthunlich gewesen sei. Der Gesamtaufwand für Verzinsung und Betrieb der Bahn (Fortbewegung durch Hygieine) würden sich auf 300 000—325 000 M. belaufen. Gegenwärtig würden für Transportkosten ja 250 000 M. ausgegeben, es sei also wohl möglich, durch gesteigerten Verkehr die Betriebskosten zu decken. Im weiteren theilt der Unterstaatssekretär die Verhandlungen mit dem Privatbahn-Komitee und die Bedingungen mit, die jenes der Regierung stellte, die ganz unannehmbar gewesen seien. Seine der Reichstag die Eisenbahn-Vorlage ab, so bleibe der Regierung nichts anderes übrig, als die Bahn der Südwestafrika-Kompagnie zu verkaufen. Staatssekretär des Reichsschatzamts v. Thielmann führt aus, das Reichsschatzamt sei mit der Sache erst Anfang Juli in Anspruch genommen worden, der Reichstag sei am 25. Juni auseinandergegangen. Der damalige Reichsschatzsekretär habe unter dem 15. Juli erklärt, der Reichstag müsse sofort nach seinem Zusammentritt benachrichtigt werden, was durch Vorlegung des Etats geschehen sei. Ob die Eisenbahnkosten durch eine Anleihe beschafft werden sollten, darüber möge der Reichstag sich ausdrücken. Die Regierung akzeptiere jeden gangbaren Weg. **Abg. v. Kardorff** spricht sich für besondere Finanzverwaltung der einzelnen Kolonien und für Ausdehnung der Bahnhöfen durch Anleihe aus. **Abg. Dasse:** Indemnitätsbeziehung sei nicht möglich, bevor man nicht die wirklichen Ausgaben kenne. Er stimmt der Regierung bei, daß sie sich nicht mit einer Privatgesellschaft bei dem Bahnbau einlassen habe, er wünscht Abklärung der Rechte der Gesellschaften in der Kolonie. Unterstaatssekretär v. Nischhofen: Die Kosten genau zu bestimmen, sei jetzt noch nicht möglich, sie würden sich für die 80 Kilometer lange Bahn auf etwa 1 1/2 Mill. Mark belaufen. Die Eisenbahnrechte der Südwestafrikanischen Gesellschaft werde man durch Erweiterung der Mineralrechte abzulösen suchen. **Abg. Richter** wundert sich, daß der Staatssekretär die Beschaffung der Mittel so leicht nehme. Das sei bisher nicht üblich gewesen. Er spricht sich für Statuierung der einzelnen Ausgaben aus. Was **Kardorff** verlange, sei thatsächlich jetzt schon durchgeführt, man brauche nur die Reichszuschüsse zu addiren und man wisse, was jede einzelne Kolonie an koste. Deckung der Kosten durch Anleihen sei bedenklich und verwirre die ganze Sachlage. Spezielle Kolonial-Anleihen sind ein Unding und würden nur zum Schaden des Reichs ausschlagen. Kolonial-Anleihen würden zur maßlosen Steigerung der Ausgaben führen. Das sei insbesondere gegenüber den Vorgängen in China sehr bedenklich. Er ist überzeugt, daß man die Bahn für Dampftrieb baue, wenn sie auch zunächst durch Thierbetrieb bewirtschaftet werden sollte, dadurch werde der Bahnbau so theuer. Die Indemnität könne nicht anders als durch ein besonderes Gesetz ertheilt werden; auch sei eine Denkschrift über den Bahnbau nöthig gewesen. Unterstaatssekretär Nischhofen meint, für das jetzige Vorhaben der Reichsregierung seien Präzedenzfälle vorhanden, z. B. bei der großen Marinevorlage in den achtziger Jahren. Er erklärt sich ebenfalls gegen besondere Kolonialanleihen. Die Deckung für die Ausgaben der Schutzgebiete würden durch die Patrimonialumlagen gesunden, für welche die Einzelstaaten in den Ueberweisungen wieder Deckung empfingen. Unterstaatssekretär v. Nischhofen erklärt nochmals einige der Vertragsbestimmungen, die das Komitee vorlegte. Man habe die Bahn um deswillen für Dampftrieb gebaut, weil man nicht wisse, ob der Thierbetrieb für alle Zeit möglich sei. **Abg. Lieber:** Die heutige Verhandlung habe wenigstens ein lazes Bild der Vorgänge gegeben. Eine Denkschrift sei notwendig gewesen, die Statuierungen seien gänzlich unzulänglich. Er hält ein besonderes Indemnitätsgesetz für nicht nöthig, aber es seien klare Bemerkungen in den Ueberweisungen der Etatsüberschreitungen zu verlangen, damit die betreffende Kommission genau erlabre, um was es sich handele. Er wünscht für künftig eine Uebersicht der sämtlichen Reichszuschüsse

für die einzelnen Schutzgebiete, Kolonialanleihen seien unmöglich. Er und seine Freunde würden die gestellten Forderungen bewilligen. **Abg. Hammacher** ist ebenfalls gegen Anleihen, er steht in bezug auf etatsrechtliche Lösung auf dem Standpunkte Richter's. Er erlaube an, daß die Regierung sich in einer Nothlage befinden und nicht anders habe handeln können, als sie gehandelt habe. Er billigt das Verhalten der Regierung gegen die Südwestafrikanische Gesellschaft und in bezug auf den Bahnbau. Er eifert lebhaft gegen die Stellung des Reichs zu der Südwestafrikanischen Gesellschaft und rüht größte Voracht bei weiteren Verhandlungen über Erweiterung der Mineralrechte. **Abg. Graf v. Stolberg** schließt sich im wesentlichen dem Vorredner an. Die Frage der Anleihen solle von Fall zu Fall erörtert werden, prinzipiell sei er nicht gegen Kolonialanleihen. **Abg. Prinz Arenberg** rechtfertigt seine Haltung in der letzten Sitzung der Kommission, er sei kein Kolonialwärmer. **Abg. Müller-Fulda:** So viel er wisse, seien bei der Südwestafrikanischen Gesellschaft auch deutsche Kapitalisten und zwar seien letztere die eigentliche Seele der Gesellschaft; diese sollten also als gute Patrioten von der Gesellschaft zurücktreten, falls das wahr sei, was der Abgeordnete Hammacher darüber gesagt. Unterstaatssekretär v. Nischhofen bestätigt, daß auch deutsche Kapitalisten in der Südwestafrikanischen Gesellschaft säßen und zwar im Vorstand derselben die Herren Woermann und Scherlach. (Große Deiterheit.) **Abg. Hammacher:** Woermann habe anfangs nicht zur Amara-Gesellschaft gehört. **Abg. Müller-Fulda** hofft, daß Deutsche bei der Südwestafrikanischen Gesellschaft seien, diese jeht entgegenkommen gezeigt. **Abg. Bebel** glaubt, daß man da wohl falsche Hoffnungen zeige. Er setze sich nur, daß der Abg. Hammacher mit seiner stillen Entrüstung so heringsfallen sei. Diese sei bei all' diesen Uebernehmungen übel angebracht, die deutschen Patrioten würden sich sehr freuen, wenn nächstens in der Provinz Schantung der chinesischen Regierung ähnliche Ueberwerträge zu gunsten der deutschen Kapitalisten abgedrückt würden. Kein Mensch dürfe an Kolonialpolitik, wäre keine Aussicht auf Profit dabei. Abgeordneter Hammacher habe sich nicht über die Südwestafrikanische Gesellschaft entäußert, sondern über die Regierung, die jene Verträge abgeschlossen habe. Die Titel 1 und 6 werden mit Mehrheit bewilligt. Zum Titel 7 werden 250 000 M. für einen Hafenbau in Swakopmund gefordert. Hierüber entsteht eine Debatte, an welcher sich die Abg. **Prinz Arenberg**, **Hammacher**, **Müller-Fulda**, **Müller-Sagan** und **Major Leutwein** beteiligen. Die Kosten der Hafenanlage werden auf ca. 900 000 M. geschätzt. **Leutwein** hält eine längere Rede, in welcher er dem Reichstag den Dank ausdrückt für die gewährte Unterstützung. Die Hafenanlage müsse die Eisenbahn ergänzen. Er hoffe, das Schutzgebiet werde noch die angewendeten Kosten lohnen. Die Forderung wird bewilligt. Titel 9, Forderung von 40 000 M. für vier Geschütze und der Reservefonds, 44 783 M., werden genehmigt.

Die Kommission geht zur Verablung des Etats der Zölle und indirekten Steuern über. Es wird in eine allgemeinen Debatte eingetreten. Das Wort nehmen zuerst die Abgeordneten **Paasche**, **Müller-Fulda**, **Richter**, **Lieber**. **Leutwein** fragt an: ob sich ein wirtschaftlicher Niedergang herausstelle. Staatssekretär v. Thielmann antwortet, daß sich bis jetzt kein Moment dafür gezeigt habe; wie lange der günstige Zustand noch dauere, könne er nicht sagen. **Abg. Müller-Fulda** ist pessimistischer in seiner Auffassung; die Steigerung der Einnahmen sei im letzten Jahre geringer als im Vorjahre. Unterstaatssekretär Nischhofen warnt vor neuen Methoden der Einnahme-feststellung, die Lage empfehle, es bei den Vorschlägen der Regierung zu belassen. **Abg. Paasche:** wir seien noch auf dem steigenden Ast, wenn auch nicht in der gleichen Stärke wie früher. **Abg. Müller-Fulda** ist gegen jede Kenderung der Etatsanfänge. **Abg. Graf Stolberg** sieht keine Gründe zur Beruhigung. Eine gute Steuerbeurteilung könne im nächsten Jahre die Einnahmen des Reichs infolge steigender Konsumfähigkeit der Bevölkerung. **Abg. Hammacher** glaubt nicht an eine steigende Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung, eher dürste ein kleiner Niedergang zu erwarten sein. Die Debatte wird geschlossen und die Sitzung auf Dienstag Vormittag 10 Uhr vertagt.

**Im Abgeordnetenhause** ist eine Interpellation eingebracht worden, ob die Vorlage über die Neuordnung des Dienstpersonals der Geistlichen in nächster Zeit zu erwarten sei.

Der **„Tonentarif“**, Verein für Eisenbahne reform, hat eine Petition an das Abgeordnetenhause gerichtet, worin dieses gebeten wird, bei der Regierung auf eine Vereinfachung und Verbilligung der Personen-Tarife bei den preussischen Staatsbahnen hinzuwirken. Die Vorschläge gehen dahin: alle Vergünstigungstarife mit Ausnahme der Zeitkarten, der Kinderkarten und der Tarife für den Orts- und Vorortverkehr zu beseitigen; unter Abschaffung der IV. Klasse und unter Fortfall der Schneefangzuschläge einen Tarif von 6, 4, 2 Pf. für die 3 Klassen einzuführen; eine Personenzu- schaffen durch die Bestimmung, daß für diesen über 300 Kilometer der Preis für nur 300 Kilometer erhoben werde.

## Erklärung.

Mein in der **„Neuen Zeit“** (Heft 18) veröffentlichter Aufsatz „Die Zusammenbruchstheorie und die Kolonialpolitik“ hat verschiedenen Parteiabtheilungen ebenso wie gegnerischen Zeitungen zu Bemerkungen Anlaß gegeben, die eine Antwort meinerseits nöthig machen. Meine Antwort wird demnächst in der **„Neuen Zeit“** erscheinen. Inzwischen bitte ich um die Erlaubniß, zwei Punkte schon hier vorwegzunehmen zu dürfen.

Der erste betrifft eine persönliche Angelegenheit. In einem Artikel, den die Berliner **„Volls-Zeitung“** meinen Anzweiflungen widmet, heißt es von mir, ich sei unter dem Sozialistengesetz „der Intransigenteste einer“ gewesen, indeß, wie ich selbst später gelegentlich zugegeben, „aus Furcht vor dem Wettbewerb der Moskischen Richtung“.

Ich erinnere mich nicht, jemals eine solche Aeußerung gethan zu haben. Meine Intransigenz zur Zeit des Ausnahmengesetzes ist in keiner Weise durch die Furcht vor, oder irgendwelche Konkurrenz mit der Moskischen Richtung eingegeben worden. Trotzdem meine Anschauungen im Laufe der Jahre in manchen Punkten eine Kenderung erfahren haben, sind sie darin doch unverändert geblieben, daß, wenn heute die deutsche Sozialdemokratie von neuem unter ein Ausnahmengesetz gestellt würde, ich in gleicher Weise wie vor 1890 „Intransigent“ sein würde. Wenn die Redaktion der **„Volls-Zeitung“** nachliest, was ich über die Sächsischen Wahlrechtsänderung in der **„Neuen Zeit“** geschrieben, wird sie darüber nicht im Zweifel sein.

Was sie im Auge hat, ist vielleicht die Auedrucksweise des Züricer **„Sozialdemokrat“**. In dieser Hinsicht kann ich allerdings zugeben, daß in den ersten Jahrgängen jenes Blattes eine zeitlang sich eine gewisse Rückwirkung der Manieren der **„Freiheit“** geltend machte. Aber das war vorübergehend und hat nichts mit dem grundsätzlich vom **„Sozialdemokrat“** eingenommenen Standpunkt zu thun.

Bei dieser Gelegenheit sei ein Irrthum richtig gestellt, der verschiedenen Parteiabtheilungen in ihren Artikeln über den so tragisch aus dem Leben geschiedenen Genossen **Conrad Conzett** unterlaufen ist. Der um die Partei so hochverdiente Genosse ist nicht, wie es nach jenen Aufsätzen erscheint, nicht gelegentlich der Ausweisungen von 1868 für den **„Sozialdemokrat“** eingefangenen, er hat vielmehr schon von 1863 ab die volle juristische Verantwortung für dieses Blatt getragen. Was er 1868 that, war, daß er diesem rechtlichen Verhältnisse, über welches das amtliche Züricer Firmenregister Auskunft giebt, dem weiteren Publikum gegenüber demonstriert Ausdruck gab.

Der zweite Punkt, über den ich mich hier auszulassen wünsche, betrifft eine Stelle meines Artikels, von der ich annehme, daß auf sie vornehmlich die Bemerkung der Redaktion des **„Vorwärts“** zielt, ich hätte durch die Form einiger meiner Ausführungen zu starken Mißverständnissen Anlaß gegeben. Ich meine die Worte auf Seite 558 der **„Neuen Zeit“**: „Ich gestehe es offen, ich habe für daß, was man gemeinhin unter **„Endziel“** des

**„Sozialismus“** versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nicht, die Bewegung alles.“ An diesen Satz sind allerdings Folgerungen geknüpft worden, die mir selbst sehr fern liegen. Wenn ich anerkenne, daß er mißverstanden werden kann, so muß ich doch hinzufügen, daß dies nur möglich ist, wenn man ihn außerhalb seines Zusammenhanges liest.

Zu Grunde sagt er nichts, was nicht schon unzählige Male von sozialistischen Schriftstellern ausgesprochen worden ist, wenn auch etwa „mit ein bißchen anderen Worten“. Die etwas schroffe Form, in der ich mich da ausdrückte, war durch den mir gemachten Vorwurf hervorgerufen, daß ich „das Endziel der sozialistischen Bewegung zu gunsten des Gedankenkreises des bürgerlichen Liberalismus oder Radikalismus fahren“ ließe. Der Vorwurf, bei dem der Ton auf die Vorlibe **„End“** liegt: „Das Endziel der sozialistischen Bewegung“, schien und scheint mir von jemand, der wissenschaftlicher Sozialist zu sein beansprucht, widerständig. Denn wenn er Sinn haben soll, unterstellt er die utopische Vorstellung von einer in näherer Zukunft möglichen Erreichung dieses **„Endziels“**. Fast man aber die volle Durchführung des sozialistischen Prinzips als eine Sache an, die nur das Produkt einer Reihe von gesellschaftlichen Entwicklungen sein kann, so ist es sinnlos, jemand vorzuwerfen, er gebe das Endziel dieser Entwicklungen an. Sinn hat es nur, jemand den Verzicht auf bestimmte Forderungen oder Kampfmethoden, die Anwendung von bestimmten Voraussetzungen und Folgerungen der sozialistischen Theorie vorzuwerfen.

Folgt aber daraus, daß ich es ablehne, mich mit dem sogenannten **„Endziel“** der sozialistischen Bewegung zu befassen, daß ich überhaupt jedes bestimmte Ziel dieser Bewegung leugne? Ich würde es bedauern, wenn meine Worte so verstanden würden. Eine Bewegung ohne Ziel wäre ein chaotisches Treiben, denn sie wäre auch eine Bewegung ohne Richtung. Ohne Ziel keine Richtung, soll die sozialistische Bewegung nicht kompaßlos hin- und herstreifen, so muß sie selbstverständlich ihr Ziel haben, dem sie bewußt antreibt. Dieses Ziel ist aber nicht die Verwirklichung eines Gesellschaftsplans, sondern die Durchführung eines Gesellschaftsprinzips. Soweit sich die Aufgaben der Sozialdemokratie nicht aus den jeweilig gegebenen Bedürfnissen des Kampfes der Arbeiter für ihre politische und ökonomische Emanzipation ergeben, kann man in der That das Ziel der sozialistischen Bewegung, will man nicht in Utopisterei verfallen, nur als Prinzip formuliren, etwa als die „allseitige Durchführung der Genossenschaftlichkeit.“ Ich kenne kein Wort, das in gleicher Weise das Ganze der sozialistischen Bestrebungen umspannt wie dieses, ob es sich nun um politische oder wirtschaftliche Forderungen handelt. Es schließt alle Klassenherrschaft und alle Klassenprivilegien aus: der Kraft seiner Klassenlage Bevorrechte ist kein Genosse. Aber wenn es auch das Ziel bezeichnen, so sagt es doch nichts über Wege und Mittel. Diese können nur aus den gegebenen Bedingungen gefunden werden, müssen im Verhältnis zum jeweiligen Stande der Bewegung stehen. Darum ist das allgemeine Ziel gegeben, die Bewegung selbst und ihr Fortschritt in der Richtung auf dieses Ziel die Hauptsache, während es recht gleichgültig ist, wie man sich das Endziel dieser Entwicklung ausmalt. Durch alle solche Spekulationen pflegt vielmehr die Geschichte ihren dienst Strich zu machen. Wo jemals geniale Vorwegnahmen der Zukunft sich erfüllt haben, waren sie allgemeiner Natur und ihre Verwirklichung geschah in anderer Weise und unter anderen Formen, als ihre Urheber voraussetzten. Es hat nur Werth, sich über den allgemeinen Gang der Bewegung klar zu sein, und die Faktoren, die für sie in betracht kommen, genau zu prüfen. Thun wir das, so können wir um das Endziel unbesorgt sein. Ich glaube, ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit das Wort des großen Feldherrn und Staatsmanes der englischen Revolution, **Oliver Cromwell**, zitiert, daß jener nie an weitesten komme, der nicht wisse, wohin er gehe. Es drückt jedenfalls den Gedanken aus, den ich im Auge halte, als ich sage, daß ich für das, was man gemeinhin **„Endziel“** der sozialistischen Bewegung nennt, wenig Sinn hätte. **Cromwell** wollte eben auch nur sagen, daß, wer die allgemeine Richtung kennt, in der er steuert, und im übrigen sich den Blick frei hält für die Bedingungen und Erfordernisse des Tages, weiter kommt als diejenigen, deren Blick gefangen oder hypnotisirt ist, durch irgend ein spekulatives ausgealmtes **„Endziel“**.

Dies der Gedantengang, dem der obige Satz Ausdruck geben sollte. Ich hätte ihn auch so formuliren können: **„Die Bewegung ist mir alles, denn sie trägt ihr Ziel in sich.“**

Ed. Bernstein.

## Lokales.

**Auf Anregung der Zentralkommission der Krankenkassen** Berlin hat der Vorstand der Alters- und Invaliditäts-Kassa die Vertreter der hiesigen Ärzte-Vereinigungen, sowie die zur Zentralkommission erwählten Delegirten sämtlicher Krankenkassen Berlins am Sonntag, den 13. Februar, nach dem Bürgeraal des Rathhauses zu einer Sitzung eingeladen, um über die Frage des Heilverfahrens für Lungenkranke zu berathen. Es handelt sich im wesentlichen um die Errichtung der Volkshospitäler für Lungenkranke für die lungenkranken Mitglieder der Berliner Krankenkassen. Es ist erwünscht, daß diejenigen Krankenkassen, welche die Namen ihrer Delegirten dem Bureau der Zentralkommission, Brückenstraße 10a, part. links, noch nicht mitgetheilt haben, dies unverzüglich thun, da demnächst weitere Schritte erfolgen sollen.

Die händischen Gaswerke haben, nachdem schon 1895/96 nach einem mehrtägigen Zeitraum des Geschäftsausstanges und der Gewinneverminderung endlich wieder eine kleine Besserung eingetreten war, im Jahre 1896/97 ein noch günstigeres finanzielles Ergebnis gehabt. Die Ursachen sind: einerseits die Verringerung der Herstellungskosten des Gases (trotz der für 1896/97 endlich durchgeführten Lohnerhöhung), der geringere Verbrauch bei der Straßenbeleuchtung (infolge der Ausrüstung der Laternen mit Lichtlöthapparaten), der geringere Verlust durch Leckage u. s. w., andererseits die erhebliche Zunahme des Gasabzuges an Private. Namentlich der letztere Umstand ist für das finanzielle Ergebnis von ausschlaggebender Bedeutung. Wie früher die Abnahme des Gaskonsums und des daraus erzielten Gewinnes auf die wirtschaftliche Depression zurückgeführt wurde, so erklärt der letzte Verwaltungsbericht über die Gaswerke die jetzt wieder eingetretene Zunahme daraus, daß die bereits im vorigen Berichtsjahre beobachtete Besserung der gewerblichen Verhältnisse in Berlin auch im Rechnungsjahre 1896/97 fortgedauert habe. Außerdem komme noch die Steigerung des Geschäftsvorkehrs durch die Gewerbe-Ausstellung in betracht. — Der Gesamt-Gasverbrauch betrug 1896/97 (beziehungswiese 1895/96) 119 407 000 (110 029 000) Kubikmeter. Davon wurden abgegeben an Private 96 977 221 (86 747 406) Kubikmeter, und zwar 76 263 117 (72 761 854) h 16 Pf. zu Beleuchtungszwecken, 19 997 935 (18 452 099) h 10 Pf. zu Koch-, Heiz- und gewerblichen Zwecken, der Rest für sogenannte Tarifkassen (öffentliche Beleuchtung in Vororten) und zu Jubilationszwecken; ferner an die Stadtgemeinde 17 809 009 (17 774 902) Kubikmeter, davon 16 262 205 (16 807 028) für die öffentliche Beleuchtung, der Rest zum Selbstverbrauch durch die Gaswerke. Durch Leckage u. s. w. gingen 5 120 770 (5 506 692) Kubikmeter verloren. Der Reingewinn, der, wie gesagt, seit einer Reihe von Jahren beständig zurückgegangen war und 1894/95 mit 32,14 M. pro 1000 Kubikmeter Gasproduktion seinen tiefsten Stand erreicht hatte, stellte sich 1895/96 erst wenig höher, auf 3 555 842 M. oder 32,28 M. pro 1000 Kubikmeter, 1896/97 dagegen auf 4 800 251 M. oder 36,08 M. pro 1000 Kubikmeter. Die Arbeitslöhne sind 1896/97, wie bereits erwähnt wurde, etwas erhöht worden, nachdem sie von 1890 an bis dahin unverändert geblieben waren. Der Reingewinn ist dadurch nur unwesentlich, fast unmerklich geschwächt worden, weil auf die Löhne nur ein verhältnismäßig geringer Theil der gesammelten Ausgaben kommt. Die Löhne der beim Betrieb der Anstalten und beim Vertrieb der Neben-

Produkte beschäftigten Arbeiter betragen 1 015 887 (845 271) M. oder 851 (768) M. pro 1000 Kubikmeter. Die hierfür angewendete Arbeitskraft macht nur 0,85 M. pro 1000 Kubikmeter. Ueber das Verhältniß der Verwaltung zu den Arbeitern schweigt sich der Bericht — in weiser Vorsicht — beinahe völlig aus, obwohl gerade mit Bezug auf das Berichtsjahr Nachlaß genug vorliegt, sich über diesen Punkt zu äußern. Nur bei Besprechung der Betriebsverhältnisse werden ganz nebenbei die „durch Differenzen mit den Arbeitern herbeigeführten kurzen Unterbrechungen“ erwähnt.

Der Neuerscheinung des Zentralkomitees für die durch Unfälle Geschädigten Deutschlands hat gestern unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle eine Sitzung abgehalten. Bei der Hauptberatungs-Sitzung ist ein Bestand von 240 000 M. vorhanden, welcher wie folgt zur Vertheilung gelangte: An das Königreich Sachsen (an den Regierungspräsidenten in Magdeburg) 20 000 M., an den Kreis Greifenhagen i. Pom. 2000 M., an die Stadt Perleberg 15 000 M., an die Stadt Jüterbog 15 000 M., an Schlesien 70 000 M., an den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 50 000 M. Letztere Summe wird jedoch von hier aus an die einzelnen Kreise nach dem Verhältniß des eultischen Schadens vertheilt werden. 5000 M. werden für Druckkosten zc., 50 000 M. als Reserve zurückbehalten.

Zu öffentlichen Fahrbedien befanden sich am 1. Januar 1897 in Berlin insgesamt 10 087 Gefährte (gegen 9186 Gefährte am 1. Januar 1896 und 9972 am 1. Januar 1897), nämlich 7762 Droschken, 426 Omnibusse, 254 Thorrowagen und 1586 Wagen der Pferde- und elektrischen Straßenbahn. Im Jahre 1896 (nach einer Zusammenstellung vom 1. Januar 1896) waren 7190 Droschken, 361 Omnibusse, 227 Thorrowagen und 1398 Wagen der Pferde- und elektrischen Straßenbahn gezählt. Die entsprechenden Zahlen im Laufe des Jahres 1896 sind 7674, 450, 297 und 1354. Fahrpreis-Anzeiger besaßen Droschken 1. Klasse am 1. Juli 1896 3078 Stück, am 1. Oktober 1896 3166 Stück, am 1. Januar 1897 3519 Stück, am 1. April 3679, am 1. Juli 3899, am 1. Oktober 1897 3959 und am 1. Januar d. J. 4287 Stück. Ueber die Hälfte der oben genannten Droschkenzahl (7762) besitzt also Fahrpreis-Anzeiger. Dabei handelt es sich nur um Droschken 1. Klasse, Droschken 2. Klasse sind nur in geringem Umfange mit Anzeigern versehen, und ihre Zahl fällt über haupt stetig, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht: Am 1. Juli 1896 wurden 2345 Droschken 2. Klasse gezählt, am 1. Januar 1897 2289, am 1. Juli 1897 2171 und am 1. Januar d. J. 2073 (davon nur 8 mit Fahrpreis-Anzeigern). Gepädroschken sind nur in geringem Umfange vorhanden: 1. Juli 1896 109 Stück, 1. Januar 1897 161, 1. Juli 1897 163 und 1. Januar 1898 180 Stück. An den Eisenbahnhöfen Berlins wurden im Jahre 1897 im ganzen 583 797 Droschken der verschiedenen Arten benutzt, nämlich am Potsdamer Bahnhof 73 684, am Anhalter 128 415, am Görlitzer 25 815, am Stettiner 98 449, am Lehrter Bahnhof 101 071, am Bahnhof Alexanderplatz 19 382, am Bahnhof Friedrichstraße 93 528, am Schlesischen Bahnhof 22 880 und am Bahnhof Zoologischer Garten 20 133. Am meisten wurden die Droschken am Anhalter Bahnhof benutzt, dann folgt der Lehrter Bahnhof. Am wenigsten wurden die am Bahnhof Alexanderplatz haltenden Droschken in Anspruch genommen.

**Achtung, Mitglieder der Freien Volksschule!** Morgen, Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr, findet in Keller's Festsaal der zweite Vortrag „Abend Rott“, an welchem Herr Dr. Wilhelm Meyer, früher an der Anna, den kürzlich im Verein gehaltenen Vortrag: „Die Reise nach Spitzbergen“ mit Vorführung von 160 Projektions-Bildern wiederholen wird. Das Entree beträgt pro Person 20 Pf. Billets sind in den Zahlstellen von Fr. Zubeil, Lindenstr. 106; Goltzstr. Schulz, Kottbuser Thor; Adolph Hoffmann, Blumenstr. 14, G. Meyer, Dietrichstr. 13 und bei Winkelmann, Adlerstr. 154 sowie an der Kasse zu haben.

Sonntag, den 13. Februar, II. Abtheilung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: „Die lustigen Weiber von Windsor“.

Neue Mitglieder können nur noch bei schleuniger Meldung zur V. Abtheilung aufgenommen werden.

Der Vorstand.  
J. A.: G. Winkel, Berlin-Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

**Moderne Kirchenweihe.** Am Sonntag ist die neue Georgenkirche in Gegenwart des Kaisers eingeweiht worden. Nach einem Bericht, den ein briefiges Blatt bringt, nahmen daran theil sechszehn Prinzen, Prinzessinen und Herzöge, sieben höhere Hofbeamte, fünf Superintendenten und Prediger, ein Minister, ein Oberbürgermeister, ein Polizeipräsident und eine Anzahl anderer Honoratioren, ferner eine Kompanie und eine Eskadron Soldaten. Als die Zeremonie vorbei war, verließ der Kaiser die Kirche und besah die Ehrenkompanie, vor ihm vorbeizumarschieren. Sodann besah er die Kompanie, die bei der Gelegenheit sechs Orden zweiter bis vierter Klasse vertheilt wurden.

**Der Pastor Hille,** dessen Flugschriften wegen ihres sozialistischen Inhalts vom deutschen Kaiser zur Anschaffung in öffentlichen Krankenanstalten zc. empfohlen worden sind, giebt auch eine Zeitung mit dem eigentümlichen Titel „Der Arbeiterfreund“ heraus. In der letzten Nummer dieses Arbeiterfreundes befindet sich ein Mährigkeitsrezept, das jeder schreibende Unternehmer zweifellos mit großem Vergnügen lesen wird. Es lautet:

Der schottische Prediger Wesley schrieb einmal in sein Tagebuch: „Es kommt mir fast ungläublich vor, daß ich heute in das 65. Jahr meines Alters getreten bin. Wie wunderbar sind doch Gottes Wege! Wie hat er mich von Kindesbeinen an erhalten! Von meinem 10. bis zum 13. oder 14. Jahre hatte ich nichts als trockenes Brot zu essen und nicht einmal genug, um satt zu werden. Doch glaube ich, daß gerade diese karge Lebensweise den Grund zu meiner dauernden Gesundheit gelegt hat. Später wurde es mir zur Gewohnheit, wächtig zu leben; auch trank ich nur Wasser. Dies befestigte meine Gesundheit noch mehr. Dadurch bin ich — und dafür preise ich Gott — von allen körperlichen Beschwerden frei geblieben.“

Öffentlich sungen alle an der Ausbreitung der Mährigkeit interessirte Pastoren, Herr Hille an der Spitze, nunmehr an, in ihrem Weinkelner gründlich Anstrebe zu halten. Desgleichen erbot sich ein Pastor Hille, daß er unter seinen Kollegen eine Bewegung gegen die den Gelfischen drohende Gehaltsaufbesserung mit aller Energie einleitet. In Wasser und Brot reichen die jetzigen Bezüge ja weit über die Mährigen. Wenn dann die Herren Pastoren ein Jahrzehnt lang mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit dem Wesley'schen Rezept nachgelebt haben, werden auch die Arbeiter es sich überlegen, ob sie sich mit Hungerlöhnen zufrieden geben sollen. Aber ja gewissenhaft sein, und nicht heimlich bei Nothspohn und Gänsebraten sitzen, Herr Hille!

**Salami aus Pferdefleisch.** Vorsicht beim Einkauf von Würstchen ist dringend erforderlich, wie ein Artikel der „Deutschen Fleischer-Zeitung“ berichtet. In Weiskensee betreibt ein Fabrikant Richter eine Rossfleisch-Fabrik, welcher, ohne Rossfleisch zu sein, das Rossfleisch erst in zerleinerte und gefalzenen Zustände von einem Rossfleischler bezieht — es entspricht dies jedoch nicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Verarbeitung von Rossfleisch zu Würstchen. Ueber den Fabrikanten ist die gefällige Kuchenschrift in Form einer Wetterschneidung angebracht, wobei der Buchstabe H. im Wort Ross — fehlt, auf der andern Seite trägt die Wetterschneidung ein ausgemaltes Schwein, so daß, je nachdem der Wind weht, sich die Kuchenschrift dieser Jahre dem Beschauer zeigt. Bei einer Revision, an welcher der Metzger Burg der Berliner Fleischerinnung anwesend war, wurde an drei verschiedenen Stellen in den Borrathskammern vordorberne, theils direkt in Häutchen übergegangene Würstchen vorgefunden. Ueber zwei Körbe knochenlos, ungesalzenes Pferdefleisch hat die weitere Untersuchung durch einen Thierarzt das vollständige Verordnen des Fleisches ergeben. Richter hat das geübte Abschneiden seiner Fabrikate, obgleich die Einföhrung von Pferdefleisch von anwärts nach Berlin verboten ist, dennoch in Berlin. Als Abnehmer werden Firmen der Delikatessenwaaren-Branche genannt.

Der Schneefall, der in der Nacht zum Sonntag bei zunehmender Kälte eintrat, hat mancherlei Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Es bildete sich Eisteis, das für den Wagen- und Fußgängerverkehr recht empfindliche Störungen zur Folge hatte. Am Alexanderplatz fiel ein Arbeiter so schwer, daß er einen Schenkelbruch erlitt und von einem Schuttmann dem Krankenhaus Friedrichshain zugeführt werden mußte. Fast um dieselbe Zeit glitt in der Neuen Schönhauser Straße der Vergolder Gebauer aus und wurde mit gebrochener rechten Unterextremität nach der Charite gebracht. Auf der Smilakstraße in der Brüderstraße wurde ferner der Kaufmann Goldstein behandelt, der in der Leipzigerstraße infolge Sturzes sich einen Bruch des rechten Oberarmes zugezogen hatte. Der fortgesetzte Schneefall am Sonntag Vormittag schaffte dem auch endlich die erste Schneebahn in diesem Winter und auf den Gassen in der Umgebung Berlins sowie im Thiergarten konnte man zahlreiche Schlitten bemerken. Das Schneewetter in der Nacht zum Montag und am geirigen Tagen verschaffte manchen Arbeitslosen einigen Verdienst. Bald war infolge des Thauwetters vom Schnee nichts weiter als fürchterlicher „Matsch“ auf den Straßen zu sehen.

Vom Deutschen Thierschutz-Verein erhalten wir folgende Zuschrift:

Aus einem Vorfall im Bureau des Thierdepots des Deutschen Thierschutz-Vereins wird in einer Notiz in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ gefolgert, daß die genannte Verwaltung in einer Weise organisiert sei, die den thierschützenden Prinzipien des Vereins geradezu ins Gesicht schlägt. Diese Folgerung ist ganz unberechtigt. In der hiesigen Weise — nicht wie es jene Notiz darstellt — ist der in Rede stehende Herr gefast worden, daß die Anmeldung eines ausgenommenen Hundes nicht auf unserm, sondern auf dem Hundbureau des königlichen Polizeipräsidenten zu erfolgen habe, da eine solche an erster Stelle völlig zwecklos und die andere durch die Gesetze vorgeschrieben sei. Dagegen steht es ihr frei, das Thier im Depot abzugeben, da es hier am besten von seinem Besitzer reklamirt werde; es werde auf Wunsch sogar kostenlos abgeholt werden. Die Frau erklärte indessen, dies nicht zu wollen, auch nicht als ihr erklärt worden war, daß sie als Einzige das Recht habe, das Thier wieder abzuholen. Die Meinung, daß die Depot-Verwaltung nur zur Bewahrung des Hundes da sei, ist ebenso wenig gethan worden, als der Frau empfohlen worden ist, das Thier laufen zu lassen. — Dieser theilweisen Nichtachtung gegenüber beharrt unser Berichterstatter bei seiner Darstellung.

**Nüdtige Fahrgäste** hatte der Taxameterkutscher Windiger aus der Weinstr. 20 in der vorkelhen Nacht. Vor dem Cafe Royal in der Weinstr. saßen drei Personen in seine Droschke; zu dieser Gesellschaft kamen gleich darauf noch vier andere Leute, so daß der Kutscher sich weigern mußte, mehr als die reglementsmäßige Zahl von fünf Fahrgästen zu befördern. Am Rieg die ganze Gesellschaft wieder aus, ohne ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Als der Kutscher darauf die Leute zur Revierwache spüren lassen wollte, bedrängten sie ihn und schlugen einen Handwerker, der für ihn Partei ergriff, blutig. Endlich kam ein Schuttmann, der die Gesellschaft aus die Wache brachte. Dort entspuppten sich die Störenfriede als biedere Maurer- und Zimmermeister.

**Durch einen Sturz vom Gerüst** ist am Montag Vormittag gegen 11 Uhr der Maler August Kröpper lebensgefährlich verunglückt. Er war in einem Gesells am Berliner Markt 8 mit mehreren anderen Malern an der Zimmerdecke beschäftigt, trat fehl und fiel in die Tiefe. Ein Genosse brachte ihn bewußtlos nach einem Krankenhaus, wo schwere innere Verletzungen festgestellt wurden.

**Erschossen und erhängt** hat sich gestern früh um 2 1/2 Uhr der 40 Jahre alte Gastwirth Franz Krudt aus der Dussitenstr. 7. Als seine Bekanntschaft in einem Saale zurückkehrte, fand sie ihn an der Stütze hängend und an der rechten Kopfseite blutend. Krudt hatte früher eine Wirtschaft in der Waisenstraße und übernahm dann auswärts ein Lokal. Aus diesem Geschäft entstand ein Prozeß, bei dem Krudt 22 000 M. verlor. Obgleich sein Vermögen damit keineswegs erschöpft war, machte er sich doch Sorgen um die Zukunft, die ihn zum Selbstmord trieben.

**Die Staatsanwaltschaft in Heidelberg** theilt dem hiesigen Polizeipräsidenten mit: Letzte Nacht wurde in Heidelberg die Dirne Katharina Cübler aus Schlierbach durch Erbrochen am Burgrwege beim Alten Schlosse ermordet und ihr der Unterleib angeschlossen. Als Thäter kommt ein angeblicher Bäder aus Kusbad in betracht. Das Signalment ist folgendes: etwa 25 Jahre alt, 1,65 Meter groß, rundes, ziemlich volles Gesicht, blonde Haare, rötlicherer kleiner Schnurrbart, auf der rechten Gesichtshälfte zwei verkrüppelte, etwa fäustlingsgroße Hautabschürfungen, eine dritte verkrüppelte Hautabschürfung an der linken Schläfe, schielt auf dem rechten Auge, spricht bayerischen und frankfurter Dialekt. Er trägt einen braunen neuen weichen, oben eingebrückten Schlapphut, braune Jacke und Weste, dunkelgraues Beinkleid mit dreien Streifen an der Seite, Umlegekotzen und Remontoirhose mit Rückleiste. Der Gefuchte soll ziemlich viel Geld bei sich führen. Die Staatsanwaltschaft legt eine Belohnung von 500 M. auf die Ergreifung des Thäters.

**Durch das Plaken eines Rohres** der Warmwasserheizung erlitten vorgestern früh in dem Heizeiler der St. Johanniskirche der Heizer Eduard Brethner und seine Frau am ganzen Körper Brandwunden. Die Verletzten suchten, da die Wunden anfangs nicht erheblich schienen, ihre Wohnung auf, mußten aber infolge bedeutender Verfümmelung ihres Zustandes nachmittags in das Krankenhaus Noabit gebracht werden.

**Selbstmordversuch.** Der Monteur Reinhold E. versuchte in der Wohnung seiner Frau, der unversorglichen Schneiderin Ida E. in der Küdersdorfer Straße, sich an einem Handtuch zu erhängen. Er wurde noch rechtzeitig von der Frau und deren Bruder los-geschitten. Eifersucht soll die Veranlassung zu dem Selbstmordversuche sein.

**Ein Ueberfall** wurde gegen das Dienstmädchen Agathe Pieper gestern Morgen im Hause Calvinstraße 21 verübt. Der Kriminalpolizei ist folgende Anzeige erstattet worden: Gegen 8 Uhr war die P. damit beschäftigt, in der zur ebenen Erde belegenen Weinhandlung den Bodenraum zu säubern. Als sie am Ofen kniete, um aufzukäufeln, erhielt sie plötzlich einen starken Schlag auf den Hinterkopf, der sie bewußtlos niederwarf. In diesem Zustande wurde sie später von der Besizerin des Geschäfts, Frau Witte, aufgefunden. Unter den Händen des Arztes erholte sich die Bewußtlose allmählich, weigerte sich jedoch standhaft, als der zur Stelle geholtte Rapp'sche Krankenwagen erschienen war, nach dem Krankenhaus zu fahren. Sie verlangte vielmehr nach der Wohnung ihrer Mutter gebracht zu werden, was auch geschah. Der Schlag ist mit einem stumpfen Instrument geführt worden; der Arzt beschränkt eine Gehirnerschütterung. Aus der Kasse fehlen einige Mark, auch werden einige Flaschen Cognak und Rum vermisst. Die Ueberfallene erklärt, Angaben über die Person des Thäters nicht machen zu können. Es habe ihr geschienen, als ob der Kopf eines Mannes plötzlich im Boden aufgetaucht sei, aber etwas Bestimmtes könne sie nicht bezeichnen.

**Von ihrem Bräutigam verlassen,** hat am Sonntag früh 4 1/2 Uhr die 26 Jahre alte unversorgliche Johanna Jandrenholz einen Selbstmordversuch begangen. Das Mädchen machte vor etwa sechs Monaten in einem Lanzlot die Bekanntschaft des Gastwirthsohns Franz S. aus der Kurfürstentrasse. Dieser Tage erhielt die J., die bei einem Goldschmied E. in der Schützenstraße in Stellung war, von ihrem Bräutigam einen Abschiedsbrief, Sonntag früh hörte das Kindermädchen, das mit der J. zusammen auf dem Hängelboden schlief, einen Schuß fallen. Die unglückliche Verlassene hatte sich mittels eines Revolvers eine Kugel in die Brust gejagt. Man nahm ihr die Waffe ab und brachte die schwer Verwundete in ein Krankenhaus.

**Theater.** Agnes Forma, deren Abreise nach New-York Ende dieses Monats erfolgt, tritt am nächsten Donnerstag im Deutschen Theater zum letzten Male in den drei Einactern der Sudermann'schen „Moritur“

gemeinsam mit Josef Kainz auf. — Am Schiller-Theater findet heute die vorletzte Vorstellung außer Monument statt. Zur Aufföhrung kommt „Karl Bryn“ — Hans Wurst in Berlin, die neue Komödie von Heinrich Lee geht Sonntagabend zum ersten Mal in Szene. — Am C. S. Theater wird am Freitag zuerst die Uebersetzungsübersetzung „Unter der Polarjonnie“ gegeben.

### Aus den Nachbarorten.

In Steglitz kämpfen die Arbeiter, wie ja auch in anderen Nachbarorten, seit Jahren um die Errichtung eines Gewerbe-gerichts. Die kolossalen Schädigungen, welche der am Orte florirende Bauschwundel ihnen zufügt, läßt ein solches Gericht geradezu als eine unabwendbare Nothwendigkeit erscheinen. Da bietet Steglitz nun ein klassisches Zeugniß dafür, wie fehlerhaft und gemeinschädlich der bekante Beschluß der Reichstagsmehrheit war, durch welchen die Errichtung eines Gewerbegerichts einfach in das Belieben der bürgerlichen Ortsvorsitzer gestellt wurde. Anfangs hatte man in Steglitz den Arbeiterantrag abgelehnt, weil kein Bedürfniß und kein Geld für derartige Dinge vorhanden seien. Als dann am 29. März vor. J. mit 354 Unterschriften abgegangene Petition endlich im September in der Gemeinderathssitzung auf Tagesordnung stand, hatte der Gemeindevorsteher abermals nichts eiligeres zu thun, als den Antrag auf Ablehnung zu stellen. Ein Schöffe, namens Meier, unterstützte das Ortsvorsteher, indem er erklärte, er habe mit einem Berliner Gewerbegerichts-Vorsitzenden gesprochen, und dieser habe sich gegen Gewerbegerichte erklärt, weil sie die Projectivität der Arbeiter förderten; auch würden politische Tendenzen in die Gerichte hineingetragen, die Ruhe der Bevölkerung würde gestört, und dergleichen Dinge mehr. Der Gemeindevorsteher stellte seinen Klaffenangehörigen gar noch das wenig schmeichelhafte Zeugniß aus, daß sich in Steglitz keine geeignete Person zum Vorsitzenden eines Gewerbegerichts finden werde; er selber habe keine Zeit, ein solches Amt zu versehen. Die Kommission, welche von der Arbeiterschaft am Orte zur Förderung der Sache eingesetzt war, wandte sich nunmehr an den Minister des Innern; doch ging nach Verlauf von abermals drei Monaten auch von dieser höchsten Stelle im Staate ein ablehnender Beschluß ein, gleichfalls mit dem abgewohnten Einwande, daß kein Bedürfniß am Orte vorhanden wäre.

Diese Behandlung der Arbeiterschaft wird hoffentlich nicht wenig dazu beitragen, daß im Proletariat des Ortes das Interesse an der bevorstehenden Gemeindevorsteherwahl geweckt werde; es ist dringend nothwendig, daß durch einige Sozialdemokraten Breche gelegt werde in die jetzige Selbstverwaltung. Am kommenden Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Schwargen Adler“ zu Steglitz eine Volksversammlung statt, in der die sozialdemokratischen Kandidaten zur Gemeindevahl aufgestellt werden sollen. Ferner spricht Reichstags-Abgeordneter Zubeil über: Klausschau, Flottenvermehrung und Entrechtung der deutschen Arbeiter. Das Nähere wird im „Vorwärts“ und durch Plakate bekannt gegeben.

Die Kommission.

**Ueber einen neuen Fall von unerhörter Prügel-pädagogik** wird aus Schöneberg berichtet: Eine neue Schulerkrankung durch einen Lehrer der Mittelschule verfehlt in Schöneberg abermals weite Kreise der Bevölkerung in hochgradige Erregung. In der fünften Klasse der genannten Schule übte der Lehrer H. die eigenthümliche „Ermüdungsmethode“, nach beendeter Schulstunde seine Schüler die Häuser „nach Kommando“ einsacken zu lassen. Als er nun am 2. Februar dieses Mandat wiederum ausführen ließ, konnte ein 9-jähriger Knabe, der Sohn eines Kaufmanns, seine Bücher nicht rechtzeitig in die Klappe hineinbekommen, und er erhielt daher von dem Lehrer zwei derartig heftige Schläge ins Gesicht, daß ihm alsbald die linke Wacke viel anschwell. Als er am folgenden Tage in derselben Klasse Unterricht im Singen zu geben hatte, fragte er die Schüler, wer von ihnen nicht mitsingen könne. Es meldete sich darauf der geprügelte Knabe mit der Angabe, seine stark angeschwollene Wacke verunsache ihm solche Schmerzen, daß es ihm unmöglich sei, zu singen. H. schrie ihn sofort an: „Das ist kein Grund! Schere dich auf Deinen Platz!“ Der nun einschüchtern Knabe wagte nichts zu erwidern, konnte aber gleichwohl nicht singen, und gerieth nun der Lehrer hierüber in solche Aufregung, daß er den Knaben vorkommen ließ, ihn über seinen Stuhl lege und ihm mit einem Stod wiederholt auf die Lenden schlug. Der überhaupt sehr stille und bescheidene Knabe nahm die Züchtigung ruhig hin, obgleich er so große Schmerzen hatte, daß er auf dem Heimwege sich wo er hinken mußte. In Hause aber war es ihm bereits unmöglich, sich zu Tisch zu setzen, und als die Mutter den Knaben untersuchte, fand sie eine handtellergroße, blut-ausfließige, stark angeschwollene Stelle auf dem Oberarmel.

In einen ärztlichen Rast wurden die Folgen der Mißhandlung bestätigt. Da dieser Fall von Prügelpädagogik in einer höheren Schule passirt ist, wird vielleicht aus der gutgemeinten Bürger gegen das System wenden, das ein Ausfluß des bei uns maßgebenden bevormundenden Geistes ist. Gegen den Lehrer ist Stillsatztrag gestellt worden.

**Die Gemeinde Vichtenberg-Friedrichshagen** scheint von dem Unglück verfolgt zu sein, daß sie mit ihren Oberhäuptern ständig in Konflikt liegen muß. Es ist noch erinnerlich, zu welchen Austritten es zuweilen kam, bevor der Amtsvorsteher und Lieutenant a. D. Mäder endlich vom Schanplatz seiner Thaten Abschied nahm. Sein im Jahre 1896 gewählter Nachfolger Zietzen, der früher in Rangard Bürgermeister war, hat es nun ebenfalls mit einem beträchtlichen Theil der Bürgererschaft verdoeben. Schon früher war es zu Gegenfälligkeiten gekommen, als die Patrioten in der Gemeinde sich ein Kaiser Friedrich-Denkmal anschaffen wollten, der neue Amtsvorsteher aber für das landsässliche Heldeugreis-Denkmal Propaganda machte. Dieser Streit hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß bisher keines der beiden Denkmäler zu Stande gekommen ist, allerdings ist auch aus dem projektirten Krankenhaus, auf das man als verbindlichen Erlaß sich schlechlich einigen wollte, nichts geworden. Die maßgebenden Personen in der Gemeinde ließen ihren Amtsvorsteher daraufhin zweimal bei der Kreiswahl durchfallen. Mäderung hat es nun sehr arge Verhimmung erregt, daß der Herr Zietzen bei den Vorbereitungen zu der demnächst stattfindenden Gemeindevorsteherwahl völlig in die Fußstapfen seines Vorgängers trat und ganz nach dessen Muster an die Forensen, die in Vichtenberg Liegenschaften haben, ein in amtlicher Eigenschaft unterzeichnetes Kundschieben richtete, in welchem er diese Wahlberechtigten um die Vollmacht ersuchte, in ihrem Namen für die ihm genehmen Kandidaten votiren zu dürfen. Der Bürgerverein am Ort will nächstens in einer Protestversammlung gegen diese Handlungsweise Stellung nehmen.

**Die deutsche Gefindeklaverei.** Im amtlichen Theil des Tempeliner Kreisblattes befindet sich folgende Bekanntmachung: „Die Dienstmagd B. G., 20 Jahre alt, hat am 30. Januar ex. ihren Dienst in Lindensee verlassen. Vor Judenschnahme wird gewarnt und gleichzeitig ersucht, über den Aufenthaltsort der B. hierher Mittheilung machen zu wollen. Polizeiwacht, den 2. Februar 1898. Der Amtsvorsteher. J. S.: Schmid.“

Um das gleich einer Verdreckerin fleckbrieflich verfolgte Mädchen nicht zu schädigen, haben wir von seinem Namen nur die Anfangsbuchstaben wiedergegeben. Welche Arbeit hat die Sozialdemokratie noch zu verrichten, bis sie unser armes Vaterland zu einem Kulturlande gemacht hat, in dem die Gefinde-Ordnung ins Reich der Hölle gehört!

**Eine Petition um Verbilligung der Vororttarife** hat der Verein Berliner Vororte an das Abgeordnetenhaus abgesandt. Wenn der Eisenbahn-Minister sich der gewünschten Reform gegenüber schon ablehnend verhalten hat, so wird bei der reaktionären Selbstverwaltung erst recht kein Entgegenkommen zu finden sein. Den im Abgeordnetenhaus herrschenden Junkern ist der jetzige Vororttarif ja schon ein Dorn im Auge, weil er auch dem Arbeiter unter Umständen zu gute kommt.

**An Gemeindefeuern in Charlottenburg** sollen nach dem Antrage des Magistrats bei der Stadtvorordneten-Versammlung im







Apollo - Theater.

Friedrichstr. 219. Dir. J. Glöck. Miss Bertholdi. The Milons.

Loie Fuller

Les Senotta. Slogwart Centos. Titi Sidney. Granto u. Maud.

Böhmisches Brauhaus Landberger Allee. Heute, sowie jeden Dienstag: Steffiner Sänger

Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 105. Indisch-hindustanische Gaukler

Maehr's Theater Oranien-Strasse 24. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Feen-Palast 22 Burgstr. 22. Das neue tiefengroße Februar-Programm.

Circus Busch (Bahnhof Börse). Dienstag, den 8. Februar 1898. Grande Soirée equestre.

Parteigenossen Berlins!

Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in allen 6 Reichstags-Wahlkreisen

Öffentl. Partei-Versammlungen

- 1. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstraße 29. 2. Wahlkreis: Marten's Festsäle, Friedrichstraße 236.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Vorschläge event. Aufstellung von Kandidaten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller (großer Saal).

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Bezirks-Versammlung für Südost

Bezirks-Versammlung für Nordwesten und Moabit am Mittwoch, 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Moabiter Klubhaus.

Achtung! Töpfer. Achtung! Mittwoch, 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten.

Achtung! Schuhmacher. Achtung! Dienstag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Königsdamm.

Neues Olympia-Riesentheater. (Circus Rens.) Karlstrasse. Bolossy Kiralfy's Konstantinopel.

Sophastoffe und Reste in Rild, Damask, Cröpe. Wandaufhänge, Gobelins und Plüsch

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstrasse 29.

Achtung! Bildhauer aller Branchen. Heute Abend, präzis 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten: Öffentlich. Versammlung.

Confirmations-Stoffe zur Knaben- und Mädchen in sehr grosser Auswahl.

Möbel J. Adler Teppichhaus. Berlin C., Spandauerstr. 30. Reich Preisliste gratis u. illustriert

Möbel Fr. Panknin. Oranienstrasse Nr. 178. II. Halbberstraße 91.

Künstl. Zähne 2 R. an Blumen 1 R. an schmerzloses Zahnziehen

Die Kinder strotzen von Gesundheit, welche mit Carl Koch's Nährweibek genährt sind.

Möbel in jedem Stil und jeder Holzart. In bester Ausführung.

Benge vor der Noth! Mitem. Volks-Krankentasse G. v. 120.